

ZUM TAG DES SIEGES

Die ältere Generation der Sowjetbürger wird niemals den lichten Morgen des 9. Mai 1945 vergessen. Menschenwirbel in den Straßen, das allgemeine Gefühl einer ungeheuren Erleichterung und Freude unter Tränen. Der langersehnte Tag des Sieges war gekommen.

Der Frieden wurde um einen furchtbaren Preis erkaufte. 20 Millionen Söhne und Töchter unseres Heimatlandes kamen im Kriege um. Ihr Andenken ist uns heilig. Wenn wir heute die Großtat des sowjetischen Soldaten, der die Hauptlast des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus trug, würdigen, müssen wir uns immer wieder prüfend fragen: Was haben wir getan, damit die Tragödie sich nicht wiederholt?

Unser Gewissen ist ruhig. Die UdSSR und ihre Bündnispartner aus dem Warschauer Vertrag sind das Hauptbollwerk des Weltfriedens. Ihre größte Errungenschaft sind die 37 Jahre ohne Krieg. Doch waren diese Nachkriegsjahre nicht eben ruhig. Bald hier, bald dort flammten die schwelenden Konflikte auf. Unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit wurden nukleare Schläge gegen die friedlichen sowjetischen Städte geplant. Zum Schlimmsten ist es immerhin nicht gekommen. Die materielle (darunter militärische) Stärke der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, ihre politische und moralische Autorität haben das Kräfteverhältnis von Grund auf verändert, und dies nicht zugunsten des Imperialismus. Die einander gegenüberstehenden sozialen Systeme haben eine Grenze erreicht, hinter der jeder Versuch, ihren historischen Streit auf militärischem Wege auszutragen, dem atomaren Weltbrand gleichkäme.

Dieses „Gleichgewicht der Angst“ ist nicht unsere Erfindung. Die UdSSR ist niemals davon ausgegangen, daß dauerhafter Frieden nur durch militärische Stärke zu sichern sei. Eben deshalb schlägt Moskau unermüdlich vor, das nukleare Wettrüsten zu stoppen und die Beziehungen zwischen den Völkern im Geiste der friedlichen Koexistenz und für alle nützlichen Zusammenarbeit zu gestalten. Trotzdem nimmt die Kriegsgefahr heute zu: Das ist ein direktes Resultat der Umtriebe der Washingtoner „Falken“, die jeder Vernunft zuwider auf Stärke setzen und ihren Vorteil nicht in der Zusam-

menarbeit, sondern in der Konfrontation suchen.

Eugene Rostow, Direktor des US-Amtes für Rüstungskontrolle und Abrüstung, redete seinen Landsleuten vor kurzem ein, sie lebten nicht in einer Nachkriegs-, sondern in einer Vorkriegszeit. Der militante Eifer des Chefabrusters der USA steht in vollem Einklang mit den Äußerungen vieler anderer USA-Politiker, es gäbe „viel wichtigere Dinge als den Frieden“, nukleare Präventivschläge, begrenzte Nuklearkriege usw. seien möglich.

Die Urheber des gegenwärtigen außenpolitischen USA-Kurses wollen mit ihren Brandreden und ihrer imperialen Arroganz die ganze internationale Entwicklung in eine gefährliche Bahn lenken. Sie maßten sich das Recht an, die einen herumzukommandieren, die anderen zu verurteilen und zu bestrafen. Die eigennützige Klassenpolitik des Imperialismus tritt besonders deutlich im britisch-argentinischen Konflikt um die Falkland-Inseln (Malwinen) zutage. Washington brauchte nur seine Maske als „Friedensstifter“ fallenzulassen und offen Partei für Großbritannien zu ergreifen, da erweiterten die britischen Streitkräfte schon den militärischen Konflikt. Sein Ziel besteht darin, die britische Kolonialherrschaft auf den Inseln wiederherzustellen und einen „Sieg“ davonzutragen, der das ramponierte Prestige der Thatcher-Regierung retten würde.

Denken wir einmal daran zurück, daß in London im Mai 1945 ebenfalls der Victory Day, der Sieg über den gemeinsamen Feind unserer Zivilisation, Nazideutschland, gefeiert wurde. Was kann jener große Tag mit dem „Sieg“ gemein haben, den die britischen Mariner im Mai 1982 im Südatlantik erringen wollen? Er wird der britischen Flagge nicht zur Ehre gereichen.

Die Geschichte bestraft jene, die ihre Lehren nicht beherzigen wollen. Vor 37 Jahren schworen die Völker an den Massengräbern der im Kampf gegen den Faschismus Gefallenen, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern. Diesem Schwur getreu, fordert die UdSSR immer wieder alle Regierungen zu Vernunft und Verantwortungsbewußtsein auf.

Leonid Breshnew schrieb in seiner Antwort auf den Appell der 2. Internationalen Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“: „Unseren Planeten aus der ihm drohenden Gefahr zu retten und den Frieden zu wahren ist die höchste Pflicht der Staatsoberhäupter gegenüber ihren Völkern, gegenüber der Menschheit. Wir müssen den künftigen Generationen nicht einen von Explosionen zerwühlten, sondern einen blühenden Planeten hinterlassen. Damit das Licht über der Erde nicht erlischt, gilt es, dem Nuklearkrieg schon jetzt den Weg zu versperren.“ Das ist unsere heilige Pflicht denen gegenüber, die im Mai 45 ihr Leben für den Sieg gaben.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 19 MAI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Zum Tag des Sieges	1
M. Tschernoussow — Nicht revidierbar	5
W. Godyna — Laos: Kommunisten tagen	7
A. Stepanow — Bewegende Manifestation	8
M. Saripow — Entlarvte Selbstsucht	8
A. Uswatow — Für gute Verständigung	9
A. Baryschew — Rotiert Präsident Monroe im Grabe!	10
I. Titow — Großbritannien. Ohne Maske	10
W. Schelepin — Am Pranger	11
K. Karagesian — Gedenken — um der Zukunft willen	12
N. Sholkwer — Die Ungebrochenen	12
L. Shegalow — 9. Mai aus indischer Sicht	14
T. Schkolnikowa — UdSSR—Japan. Zusammenarbeit im Pazifik	14
W. Kusnezow — Drei Pausen	15
Notizen ♦ Glossen	16
W. Dinkow — Urengoi Gas im 11. Fünfjahrplan (Kompetente Meinung)	18
J. Kolossow — Satelliten und Krieg	20
Biographisches: Agatha Barbara	21
J. Botscharjow — Südliches Afrika. Neokolonialistische Intrigen	22
B. Assojan — Spaltung im weißen Clan	22
M. Podwigin, I. Trofimowa — Eine Kleinstadt in der DDR	24
D. Pogorschelski — Vor dem Ende (Das politische Buch)	26
B. Pilazkin — Seychellen. Nach eigener Uhr	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am Grabmal des Unbekannten Soldaten an der Kreml-Mauer ehren Veteranen und Jugendliche das Andenken derer, die ihr Leben für das Wohl der Menschen und den Weltfrieden ließen.

Foto: N. Trifonow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Die vom 3. bis 6. April in Cambridge (Großbritannien) abgehaltene 2. Internationale Konferenz „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“ richtete eine Botschaft an Leonid Breshnew und US-Präsident Reagan. Am 3. Mai wurde die Antwort Leonid Breshnews an den Ko-Vorsitzenden der Konferenz veröffentlicht. In ihr heißt es: „Unseren Planeten aus der ihm drohenden Gefahr zu retten und den Frieden zu wahren ist die höchste Pflicht der Staatsoberhäupter gegenüber ihren Völkern, gegenüber der Menschheit... Die Sowjetunion ist zu den radikalsten Abmachungen mit anderen Ländern in dieser Richtung bereit. Wir haben mehrfach die Schaffung kernwaffenfreier Zonen sowie die Beseitigung der Kernwaffen in Europa, sowohl der Mittelstrecken- wie der taktischen Kernwaffen, angeregt. Das wäre eine echte Null-Lösung, nicht aber jene Scheinlösung, von der im Westen häufig gesprochen wird. Hier kann man nicht den einen Begriff durch den anderen ersetzen. Hier sind konkrete Maßnahmen nötig.“

Vom 27. April bis zum 3. Mai weilte der Außenminister der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka Abdul Cader Shahul Hameed auf Einladung der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR. Er wurde von Nikolai Tichonow empfangen und konferierte mit Andrej Gromyko (s. S. 9).

Am 30. April empfing Andrej Gromyko den Chef der PLO-Vertretung in der Sowjetunion, Mohammed Al-Shaer, im Zusammenhang mit der Verleihung des offiziellen diplomatischen Status an die PLO-Vertretung und seiner Akkreditierung beim UdSSR-Außenministerium. Während des Gesprächs betonte Gromyko, die UdSSR werde auch künftig den Kampf des arabischen Volkes von Palästina für die Wiederherstellung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat unterstützen.

Am 4. Mai traf eine Staatsdelegation der Republik Nikaragua unter dem Mitglied der Nationalen Führung der Sandinistischen Befreiungsfront, dem Koordinator des Führungsrats der Regierung der Nationalen Wiedergeburt, Comandante Daniel Ortega zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein.

Im ZK der KPdSU kam es zu einer Begegnung zwischen Boris Ponomarew und dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der



Die Völker der Welt begingen den 1. Mai, den Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Unser Bild zeigt die Maidemonstration auf dem Roten Platz in Moskau

Foto: N. Priwalow, A. Fomin

KPdSU Brutenz mit dem Generalsekretär der KP Argentinien Athos Fava.

Im ZK der KPdSU trafen Delegationen der KPdSU und des Vorstands der Zentrumpartei Finnlands zusammen. Die KPdSU-Delegation wurde von Boris Ponomarew geleitet, die der Zentrumpartei von deren Vorsitzendem, dem Parlamentsabgeordneten Paavo Väyrynen.

Am 2. Mai fand ein Treffen von Moskauer Werktätigen unter Beteiligung ausländischer Gewerkschaftsdelegatio-

nen statt, auf dem der Vorsitzende des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften Stepan Schalajew das Wort ergriff. Anwesend waren ferner der Erste stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Sagladin sowie Vertreter gesellschaftlicher Organisationen (s. S. 8).

Am 3. Mai wurde in Moskau die vom Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften organisierte Konferenz „Gewerkschaften für Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit und sozialen Fortschritt im Frieden“ eröffnet. An ihr

nehmen Wissenschaftler, Vertreter der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung aus mehr als 100 Ländern teil.

Am 3. Mai begann auf Beschluß des Weltfriedensrats eine Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. In der Sowjetunion gab die Öffentlichkeit auf Kundgebungen ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auch künftig zum Kampf für dauerhaften Frieden, gegen die gefährlichen Pläne der Entspannungsgegner beizutragen.

In Moskau tagte zum zwölften Mal der Ständige sowjetisch-irakische Ausschuß für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, der sich mit Fragen der gegenwärtigen und künftigen Zusammenarbeit befaßte. Am 30. April empfing der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats Archipow den Minister für Industrie und Mineralressourcen Iraks, Taher Taufiq.

Am 2. Mai traf eine internationale Parlamentariergruppe für aktuelle Abrüstungsfragen unter dem kanadischen Parlamentsmitglied Douglas Roche in Moskau ein. Sie hatte am 3. Mai im Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der AdW der UdSSR und im Sowjetischen Friedenskomitee Unterredungen.

Am 27. und 28. April weilte der Erste Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem Arbeitsbesuch in der BRD. Kádár konferierte mit Schmidt und führte Gespräche mit dem DKP-Vorsitzenden Mies, dem SPD-Vorsitzenden Brandt sowie dem CSU-Vorsitzenden Strauß. Erörtert wurden internationale Probleme und die bilaterale Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Am 30. April schloß in Vientiane der III. Parteitag der Laotischen Revolutionären Volkspartei. Zum Generalsekretär des ZK der Partei wurde Kaysone Phomvihane wiedergewählt, dem Leonid Breschnew aus diesem Anlaß ein Glückwunschschreiben sandte (s. S. 7).

Im Südatlantik verstärkten sich die Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften Großbritanniens und Argentinien. Der argentinische Präsident Leopoldo Galtieri verwies darauf, sein Land sei fest entschlossen, die britische Aggression abzuwehren (s. S. 10).

Am 28. April verurteilte die UNO-Vollversammlung auf der 7. Sondertagung zur Palästina-Frage entschieden den verbrecherischen außenpolitischen Kurs der USA auf rückhaltlose Unterstützung der aggressiven Annexionspolitik Is-

raels. Die Vollversammlung verurteilte ferner das barbarische Vorgehen Israels in den besetzten arabischen Gebieten. Die USA, ihre westlichen Verbündeten sowie Israel stimmten gegen diesen wichtigen Beschluß (s. S. 11).



Am 5. Mai waren es 70 Jahre seit dem ersten Erscheinen der von Lenin gegründeten Zeitung „Prawda“. Sie war die erste marxistische Tageszeitung für Arbeiter. Die sowjetischen Menschen begehen dieses Datum als Tag der Presse. Unser Bild: Neues „Prawda“-Gebäude in Moskau

Foto: A. Motschalin

Vom 28. April bis zum 2. Mai tagte in Addis Abeba (Äthiopien) die 2. Internationale Konferenz der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation unter Teilnahme von Vertretern aus über 50 Ländern und internationalen Organisationen. Sie verurteilten die negativen Folgen der Praktiken der transnationalen Monopole in den Entwicklungsstaaten (s. S. 8).

Am 30. April endete in New York die UNO-Seerechtskonferenz, die eine internationale Seerechtskonvention verabschiedete. In ihr sind die Fragen des Fischfangs auf hoher See und in den Territorialgewässern geregelt. Geplant ist die Bildung eines neuen internationalen Organs für den Meeresboden, das sich mit der Regulierung der Erkundung und Förderung metallhaltiger Konkrete in Regionen der Tiefsee befassen soll, die Kobalt, Nickel, Kupfer und Mangan sowie andere Bodenschätze enthalten. Unter dem Druck verschiedener imperialistischer Mächte, in erster Linie der USA, wurden in die Abschlusssdokumente einzelne Punkte aufgenommen, die gegenüber einer Gruppe von Ländern, darunter der Sowjetunion, eine Diskriminierung bedeuten. Bei der Abstimmung über das Dokument enthielt sich die UdSSR-Delegation der Stimme. Vier Staaten, darunter die USA und Israel, stimmten dagegen.

Am 3. Mai begann in Genf der Jahreskongreß der Weltgesundheitsorganisation, der 157 Staaten angehören.

Zu blutigen Auseinandersetzungen mit der portugiesischen Polizei kam es während der Mai-Demonstration der Werktätigen in Porto. Gegen die Demonstranten wurden Schusswaffen eingesetzt. Zwei Arbeiter fanden den Tod, über 100 Menschen wurden verletzt.

Am 30. April erschossen in Palermo (Italien) Terroristen das Mitglied der IKP-Führung, den Sekretär des Regionalkomitees der IKP Siziliens und italienischen Parlamentsabgeordneten La Torre.

Die SWAPO teilt in einem Kommuniké mit, bei einer erfolgreichen Operation von Kämpfern der Volksbefreiungsarmee Namibias im Nordteil des Landes seien 7 südafrikanische Okkupanten getötet und mehr als 10 verletzt worden (s. S. 22).

Am 27. April begannen in der Karibik umfangreiche Seekriegsmanöver unter der Bezeichnung „Ocean Venture '82“. Außer der US-amerikanischen Eingreiftruppe beteiligten sich daran Kriegsschiffe und Marineinfanterie Hollands.

Die sogenannte konstitutionelle Versammlung El Salvadors wählte den Großbankier Alvaro Magana, einen Mann der Militärs sowie der Industrie- und Finanzkreise, zum Präsidenten. Die neue, unter Beteiligung des US-Sonderbotschafters Walters gebildete Administration löst die jetzige Junta ab. Der Ausnahmezustand im Land wurde um weitere 30 Tage verlängert.



In den von Israel okkupierten arabischen Gebieten dauern die Proteste gegen die Expansionspolitik Tel Avivs an. 26 Bürgermeister arabischer Städte am Westjordanufer und im Ghaza-Streifen erklärten, sie würden einen Streik der arabischen Bevölkerung organisieren, wenn die israelischen Behörden die gesetzwidrig abgesetzten Bürgermeister der Städte Nablus, Ramallah, El Bira und Anabta nicht wieder einsetzen. Israel beantwortet diese Proteste mit neuen Gewaltakten. Unser Bild: Israelischer Panzer im Ghaza-Streifen

Foto: AP/TASS

In den Jahren des zweiten Weltkrieges verfolgte ich mit Anteilnahme den Kampf des sowjetischen Volkes gegen den Faschismus. Die sowjetischen Menschen zeigten damals echtes Heldentum und Selbstaufopferung. In den ruhmreichen Schlachten um Moskau, Leningrad, am Kursker Bogen, bei Stalingrad, in den Kämpfen um Odessa, Noworossisk, Berlin erkämpfte die Rote Armee, Ihr Volk die Freiheit der Menschheit, verteidigte es die Errungenschaften der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und opferte dafür 20 Millionen Menschen. Die Welt wird das nie vergessen.

Pedro MENDEZ DIAZ
Havanna, Kuba

In seinem Dokumentarbericht „Rapallos Geheimnis“ (Heft 16/82) aktualisiert Lew Besymenski die Ereignisse der Vergangenheit. Gewiß sieht Europa heute ganz anders aus, ebenso seine politische Karte. Aber die von Lenin entwickelte Konzeption der friedlichen Koexistenz bleibt die unumstößliche Grundlage der sowjetischen Außenpolitik. Der Verfasser schlußfolgert: Was 1922 auf der Konferenz von Genua richtig war, bleibt auch 1982 gültig. In der zugespitzten Lage gewinnen die Leninischen Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine besondere Bedeutung. Nur auf diesem Weg kann die Menschheit einem Selbstmord entgehen.

P. DEMAKOW
Sagorsk, RSFSR

Die Imperialisten fordern von den sozialistischen Ländern einseitige Abrüstung. Aber warum verlangt Washington das nur von den anderen? Die USA horten immer mehr Massenvernichtungswaffen, und das beweist ihre aggressiven Bestrebungen.

Umberto ELEUTERI
Ascoli Piceno, Italien

NICHT REVIDIERBAR

Michail TSCHERNOUSSOW

Dieser 37. Tag des Sieges wird von der Menschheit in einer unruhigen Atmosphäre begangen. Das verschlechterte internationale Klima wird permanent. Die aggressiven imperialistischen Kreise heizen die Kriegspsychose an, verstärken das Wettrüsten und wollen das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten und zum Schaden der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der Weltsicherheit verändern. Dagegen aber nimmt die Antikriegs- und Antinuklearbewegung weiter zu und erlangt ein wahrhaft weltweites Ausmaß. Der Tag des Sieges, Symbol für den Triumph des Lebens über den Tod, der Vernunft über die Unvernunft, mahnt die Menschen: Seid wachsam gegen die Anschläge der Kriegsbrandstifter! Der Friede hat uns einen zu hohen Preis gekostet!

Die Heldentaten des sowjetischen Volkes im Krieg gegen die faschistischen Achsenmächte haben zur Zerschlagung des Aggressors geführt. Im Lager der Sieger ergab sich ein neues Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und den USA. Das ist eines der wichtigsten Resultate des Krieges.

Das militärstrategische Gleichgewicht zwischen der Welt des Sozialismus und der des Kapitalismus ist eine prinzipielle Errungenschaft von historischer Bedeutung. Es dient als Eindämmungsfaktor für die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus.

Hoffnungen, dieses Gleichgewicht erschüttern zu können, sind zum Scheitern verurteilt. Das muß heute allen klar und deutlich gesagt werden, die sich mit Plänen tragen, das Kräfteverhältnis in der Welt zu verändern, das dem Westen in all den 37 Jahren seit Ende des 2. Weltkriegs nicht gefällt. Seit dem Siegesmai 1945 hat die internationale Reaktion mit den USA an der Spitze nicht wenige Methoden des Drucks auf den Sozialismus erprobt: politische und militärische Erpressung, Wirtschaftsblockaden, Versuche, den Sozialismus von innen auszuhöhlen. Auf antisowjetischer Basis wurden und werden Militärpakte geschmiedet. Man will uns einschüchtern und unsere Wirtschaft durch das Wettrüsten ruinieren. Man droht uns mit neuesten Arten von Massenvernichtungsmitteln und mit dem nuklearen Erstschlag. Um die eigenen aggressiven Pläne zu rechtfertigen, schreckt der Imperialismus den westlichen Spießbürger mit der

„sowjetischen Bedrohung“. Einer Bedrohung, die angeblich von jenem Land ausgeht, dem die Menschheit die Rettung aus dem schrecklichsten Krieg verdankt. Dem Mythos von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ zuliebe wird die Geschichte rücksichtslos verwässert. Niemand aber wird den Beitrag des sowjetischen Volkes zum Sieg über den Faschismus negieren können.

Unvergessen ist auch die Zusammenarbeit der Alliierten der Antihitlerkoalition — UdSSR, USA und Großbritannien — während des Krieges. Etappen dieser Zusammenarbeit waren die Konferenzen der Regierungschefs der drei Großmächte in Teheran, Jalta und Potsdam. Leonid Breshnew bemerkte dazu: „Die Erfahrungen der Kriegsjahre haben gezeigt, daß die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme kein Hindernis für die Vereinigung der Bemühungen im Kampf gegen die Aggression, für Frieden und internationale Sicherheit sind. In den Jahren des Krieges haben wir zusammengearbeitet, und zwar nicht schlecht, um den Krieg schneller zu beenden. Jetzt lösen wir eine andere, nicht minder wichtige und wohl noch kompliziertere Aufgabe: die Zusammenarbeit anzubahnen, um eine neue Weltkatastrophe zu verhindern.“

Eine neue Weltkatastrophe verhindern, und zwar in geeinten Anstrengungen. Am Tag des Sieges wenden die Völker der Welt ihre Gedanken erneut jenem Frühjahr 1945 zu, da das faschistische Reich unter den Schlägen der Vereinten Nationen zusammenbrach, da die Rote Armee das Dunkel der Nazinacht über Europa verscheuchte. Die heldenhaften Siege des sowjetischen Volkes ließen Winston Churchill am 23. Februar 1945 nach Moskau schreiben: „Die Rote Armee feiert ihren 27. Jahrestag mit einem Triumph, der die grenzenlose Bewunderung ihrer Verbündeten fand und der das Schicksal des deutschen Militarismus besiegelte. Künftige Generationen werden sich gegenüber der Roten Armee genauso uneingeschränkt verpflichtet fühlen, wie wir das tun, die wir diese großartigen Siege erleben konnten.“

Diese Siege fanden ihren Ausdruck in der Festigung der Zusammenarbeit der drei Großmächte und wurden in wichtige internationale Abkommen umgesetzt, die der Menschheit friedliche Perspektiven eröffneten. Im Februar 1945 tagte

die historische Krim-Konferenz — in Jalta trafen sich der sowjetische Regierungschef Stalin, US-Präsident Roosevelt und der britische Premier Churchill. In den Beschlüssen von Jalta widerspiegelte sich das Verständnis Washingtons und Londons für das tatsächliche Kräfteverhältnis innerhalb der Antihitlerkoalition bei Kriegsende. Roosevelt und Churchill, politische Realisten, waren sich damals darüber im klaren, daß nur eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der UdSSR nach der Zerschlagung der Aggressoren Europa und der ganzen Welt einen stabilen Frieden geben könnte. Nicht um „Einflußsphären“ ging es zwischen den Staatsmännern der drei Großmächte, sondern darum, wie sich der Frieden wirklich unteilbar machen läßt. Dieser Gedanke durchdringt alle Schlußdokumente der Krim-Konferenz.

Nach seiner Rückkehr in die USA versicherte Roosevelt vor dem Kongreß, er sei dank der Beschlüsse von Jalta erfüllt „von der festen Überzeugung, daß wir einen guten Anfang auf dem Weg zum Weltfrieden gemacht haben... Die Krim-Konferenz war ein Wendepunkt, wie ich hoffe, in unserer Geschichte und folglich auch in der Geschichte der Welt.“ Analoge Gedankengänge äußerte Churchill vor dem britischen Parlament. So sahen die Teilnehmer und Zeitgenossen Jalta, dessen wichtigste Bedeutung sie in der Möglichkeit und in der dringenden Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen sahen.

Mit dem Entstehen des kalten Krieges versuchte man im Westen, die tatsächliche Geschichte jener Jahre zu durchkreuzen. Man lieferte Roosevelt und Churchill dem Rufmord aus, weil sie der Sowjetunion angeblich unbegründete Zugeständnisse gemacht hätten. Hier sollte man an die Worte Roosevelts erinnern, der von der Nachkriegswelt sprach, deren Konturen der große Präsident in den letzten Tagen seines Lebens erblickte, und sagte: „Die USA werden sich nicht immer 100%ig durchsetzen können, das gilt im gleichen Maße für Rußland und für England. Wir finden nicht immer ideale Antworten bei der Lösung komplizierter internationaler Probleme, aber wir sind von der Entschlossenheit erfüllt, immer das Ideale anzustreben.“ Dabei, betonte Roosevelt, werden Entscheidungen

letztlich „gemeinsam gefällt werden, und deshalb werden sie häufig Resultat eines Kompromisses sein“.

Die Worte „gemeinsam“ und „Kompromiß“ sind der Schlüssel zum Verständnis dafür, wie Roosevelt die Nachkriegswelt sah, deren Fundament auch in Jalta gelegt wurde. Ein vernünftiger Kompromiß wurde auch vor genau 10 Jahren, im Mai 1972, gefunden, als auf höchster Ebene die sowjetisch-amerikanischen Dokumente unterzeichnet wurden, von denen sich Washington jetzt auf alle mögliche Weise distanzieren will. Dort ist man überhaupt bereit, heute das internationale Vertrags- und Abkommenssystem zu brechen, in dem das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit sowie das Prinzip der Unverletzbarkeit der im Ergebnis des 2. Weltkriegs entstandenen Grenzen fixiert waren. Das sind die wahren Ursachen der Attacken gegen Jalta. Die heutige Behauptung des Westens, auf der Krim habe man Europa in Einflußsphären unterteilt, sind nicht neu. Wütende Reden halten jene, die die Entscheidungen der Krim-Konferenz revidieren, die Ergebnisse des vor allem durch Blut und Opfer des sowjetischen Volkes errungenen Sieges rückgängig machen wollen. Letztes Beispiel für eine solche Revidierung ist der Versuch, die Lage in Polen zu destabilisieren, in einem Land, dessen Nachkriegsgeschick in Jalta so viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Konferenzteilnehmer waren damals übereingekommen, daß das mehrfach als Korridor zur Aggression gegen die UdSSR benutzte Polen ein starkes und der Sowjetunion befreundetes Land sein müsse, das jeglichen Versuch, es im politischen Spiel zu mißbrauchen, abwehren könnte.

Heute dagegen schlägt Zbigniew Brzezinski vor, von Jalta Abstand zu nehmen. In dem vor einem Monat erschienenen zweiten Band der Memoiren Henry Kissingers ist das Wort Jalta selbst als „abschreckend“ bezeichnet. Für wen? Offenbar für jene, die die internationale Zusammenarbeit fürchten, die an einer Anheizung der internationalen Spannungen interessiert sind. Als „abschreckend“ wird hier heuchlerisch eine Entscheidung bezeichnet, die ein hervorragendes Beispiel für die ersprißliche Zusammenarbeit der Völker in den härtesten Prüfungsszeiten darstellt!

Unter den Kritikern der Beschlüsse von Jalta sind auch Politiker der Alten Welt. Bundeskanzler Helmut Schmidt bemerkte vor kurzem, was die Frage Jalta angehe, sage er das gleiche wie François Mitterrand, und er halte an dieser

Meinung fest. Er denke, es sei moralisch inakzeptabel, die Welt in Interessensphären aufzuteilen. Jalta sei in der Tat zum Synonym für die Einteilung Europas in verschiedene politische Sphären geworden. Er verurteile Jalta. Das ist sehr kategorisch ausgedrückt. Im gleichen Interview allerdings betonte der Bundeskanzler, die Aufgabe der Sowjetunion und der anderen Länder Osteuropas, die Aufgabe Westeuropas und der USA sei es, dafür zu sorgen, daß es keinen Krieg in Europa gibt. Nötig seien Verhandlungen und Verträge. Einerseits also die Erkenntnis, daß die Hauptaufgabe in Verhandlungen und in der Verhütung des Krieges liegt, andererseits die Verurteilung jener Verträge, die 1945 die Grenzen in Europa festlegten, und eine erneute Erwähnung der „Interessensphären“.

Hinsichtlich der Grenzen sollte man zu den erwähnten Kanzleräußerungen an jene Punkte des Vertrags zwischen der UdSSR und der BRD vom 12. August 1970 erinnern. Dort heißt es:

„In Übereinstimmung mit den bevorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Bundesrepublik Deutschland in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet.“

— Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;

— sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;

— sie betrachten heute und künftig die Grenzen der Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.“

Bezüglich der „Einflußsphären“ sollte man sich der in Jalta abgefaßten „Deklaration über das befreite Europa“ zuwenden. Sie sieht eine koordinierte Politik der drei Mächte und ihr gemeinsames Vorgehen bei der Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme im befreiten Europa gemäß den demokratischen Prinzipien vor.

So wurde die Frage damals, 1945, gesehen.

Alle Versuche des Westens, die Ergebnisse des 2. Weltkriegs „neu zu ordnen“, bergen ernste Folgen in sich. Sie würden einen

Bruch der Abkommen nicht nur der Kriegsjahre bedeuten, sondern auch der später unterzeichneten Verträge. Das Prinzip der Unverletzbarkeit der Grenzen wurde in dem bereits erwähnten Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD, in Verträgen der BRD mit Polen, der CSSR und der DDR, im Vierseitigen Abkommen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs über Westberlin sowie in anderen internationalen Dokumenten eindeutig formuliert. Zu ihnen gehört auch die Schlußakte von Helsinki. Dort wurde 30 Jahre nach dem großen Sieg die politische Bilanz des Krieges gezogen und die Unverletzbarkeit der in Europa entstandenen Grenzen bekräftigt.

Dem Bemühen der imperialistischen Kreise, die Grundprinzipien der internationalen Beziehungen zu untergraben, steht die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber. Ihre unerschütterliche Gemeinschaft entstand und festigte sich nach 1945, sie ist ein wichtiger Faktor für die Unverletzbarkeit der Grenzen und die Nachkriegsordnung in Europa.

Erstaunlich unbekümmert, ja sogar leichtfertig, läßt man im Westen die Lehren der Geschichte dem Vergessen anheimfallen. Seinerzeit konnte nur die tödliche Bedrohung für die ganze Menschheit, die von den faschistischen Achsenmächten ausging, die bürgerlichen Politiker dazu bringen, ihren durch den Klassenhaß auf den Sozialismus verzerrten Blickwinkel zurechtzurücken. Im 2. Weltkrieg wurde zur Bekämpfung dieser Bedrohung die Zusammenarbeit der Großmächte entwickelt, die es gestattete, unerhörte Schwierigkeiten zu bewältigen und der Welt den Frieden zu bringen. Heute, da die Menschheit von der nuklearen Gefahr bedroht ist, erfordern die globalen Probleme erneut dringend gemeinsame Bemühungen. Die historischen Erfahrungen lehren: Lösen kann man diese Probleme in gemeinsamen Anstrengungen, wobei neben anderem die reichen Erfahrungen der Kriegsjahre anwendbar sind. Man darf doch das in jener schlimmen und großen Zeit angesammelte Kapital nicht einfach zum Fenster hinauswerfen! Die Revidierung der damals koordiniert gefaßten Beschlüsse, die 30 Jahre danach in Helsinki verankert wurden, wäre ein Versuch, dieses Kapital zu verschleudern.

Diese Beschlüsse aber sind ebenso wie die Ergebnisse des 2. Weltkriegs, die Ergebnisse des großen Sieges, nicht revidierbar.

LAOS: KOMMUNISTEN TAGEN

Seinerzeit war Laos für ausländische Touristen vor allem ein Land hoher Berge, pittoresker Landschaften und buddhistischer Tempel, ein exotisches, aber einer anderen, zurückliegenden Zeit angehörendes Land. Die französischen Kolonisatoren, die amerikanischen Aggressoren, die einheimischen Feudalherren und Kompradorenbourgeois hemmten seinen Fortschritt.

Der lange Kampf des laotischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit wurde vom Sieg gekrönt, und das letzte Jahrzehnt steht im Zeichen von Ereignissen von historischer Tragweite: Vertreibung der Imperialisten, Abschaffung der Feudalordnung und schließlich Verkündung der Republik im Dezember 1975 als Abschluß der nationaldemokratischen und Beginn der sozialistischen Revolution in Laos.

Einen weiten Weg hat das Land seit 1972, seit dem II. Parteitag der Laotischen Revolutionären Volkspartei, zurückgelegt. Ende April fand in Vientiane der III. Parteitag der LRVP statt, die inzwischen die herrschende Partei geworden ist.

Seit der Ausrufung der Republik sind nur etwas mehr als 6 Jahre vergangen; die Zeit für den friedlichen Aufbau war wegen der ununterbrochenen Wühlätigkeit der äußeren Reaktion noch kürzer. Trotzdem sieht es die LRVP seit dem ersten Tag der Befreiung als vorrangige politische Aufgabe an, die Wirtschaft umzugestalten, die Kultur zu entwickeln und das Lebensniveau des Volkes zu erhöhen. Ein erster Fünfjahrplan der sozialökonomischen Entwicklung des Landes wird schon verwirklicht. Die Beziehungen der VDR Laos zur UdSSR, zu Vietnam, Kampuchea und den anderen sozialistischen Ländern vertiefen sich. Im politischen Rechenschaftsbericht des ZK der LRVP, den Kaysone Phomvihane

erstattete, wurde hervorgehoben, daß die ganze Partei, das ganze Volk und die Armee stets bemüht sein müssen, zwei strategische Aufgaben zu bewältigen: Verteidigung des Heimatlandes und Aufbau des Sozialismus. Beide Aufgaben sind keinesfalls einfach. Zu den Schwierigkeiten bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, die Laos unter Umgehung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums zu errichten plant, kommen Probleme, die die koloniale Vergangenheit und die Wühlätigkeit der Gegner des unabhängigen Landes verursachten.

Die laotischen Kommunisten vermerkten mit Genugtuung ihre Erfolge, ohne die Augen vor ungelösten Fragen zu verschließen, und analysierten den in den vergangenen 10 Jahren zurückgelegten Weg. Sie legten präzise Aufgaben fest und konkretisierten sie im politischen Rechenschaftsbericht des ZK sowie in den Berichten über die Hauptrichtungen der sozialökonomischen Entwicklung des Landes im laufenden Planjahr fünf und bis Ende der 80er Jahre und über Änderungen im Parteistatut (darüber sprachen Nouhak Phoumsavanh und Sisomphone Lovanxay).

Auf dem Parteitag wurde darauf hingewiesen, daß die politisch-ideologische Arbeit zur Erläuterung des Kurses und der Zielsetzungen der Partei noch recht oberflächlich sei. In mehreren Provinzen sind die Parteiorganisationen vorläufig schwach. Im wirtschaftlichen Bereich wurden Erscheinungsformen von Subjektivismus, Administrieren und Formalismus verurteilt. Die kleine Warenproduktion ist ein großes Hindernis für die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben.

Die sachkundige, kritische Beurteilung von Erfolgen und Mißerfolgen, der klare marxistisch-leninistische Kurs sichern der LRVP das Vertrauen der Bevölkerung und die Achtung der Bruderparteien der sozialistischen Länder.

Kaysone Phomvihane betonte: „Die besondere Solidarität mit Vietnam und Kampuchea, die Solidarität und allseitige Zusammenarbeit mit der großen UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern werden stets ein Eckpfeiler der Außenpolitik unserer Partei und unseres Staates sein.“

Die laotischen Kommunisten betrachten das Faktieren Chinas mit den USA als die größte Gefahr für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Stabilität in der Region.

Dazu Kaysone Phomvihane: „Was China betrifft, so sind wir entschieden gegen die feindliche Politik der reaktionären Gruppierung in den herrschenden Kreisen Pekings, bemühen uns aber geduldig, alles Mögliche zu tun, um die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem laotischen und dem chinesischen Volk zu erhalten und zu festigen. Um im Interesse beider Länder den Frieden in Südostasien und der ganzen Welt zu stabilisieren, sind wir bereit, unsere Beziehungen zur VR China zu normalisieren, wenn ihnen die gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen zugrunde gelegt und wenn alle Probleme in den Beziehungen zwischen unseren Staaten gemeinsam durch friedliche Verhandlungen gelöst werden.“

Der Parteitag der laotischen Kommunisten hat das sowjetische Friedensprogramm, die konstruktiven Initiativen der UdSSR und die Vorschläge der MVR als einen großen Beitrag zum Frieden und zur Völkersicherheit gewürdigt und restlos unterstützt. Erneut wurde die Politik Laos' gegenüber den ASEAN-Ländern, die vom Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen den indochinesischen Staaten und den ASEAN-Ländern ausgeht, bekräftigt. Hohe Wertschätzung fand Indiens Beitrag zur Bewegung der Nicht-paktgebundenheit, zur Sache des Friedens.

Grigori Romanow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Leningrad, der die KPdSU-Delegation zum Parteitag leitete, sagte, an die Delegierten gewandt: „Die UdSSR teilt vollauf die Friedensbemühungen von Laos, Vietnam und Kampuchea, dieser Länder, die sich für die Normalisierung der Lage in Asien und die Umwandlung Südostasiens in eine Zone von Frieden und Stabilität einsetzen. In der engen Freundschaft der drei indochinesischen Länder sehen wir einen maßgebenden Faktor der Verbesserung des politischen Klimas in diesem Teil der Erde.“

W. GODYNA

In den Jahren der Volksmacht wurden in Laos 31 Staatsgüter und Forstwirtschaftsbetriebe geschaffen und die Zahl von Landmaschinen vervielfacht. TASS-Fotos: Bei der Grasmahd in einem Staatsgut der Provinz Xieng Khouang (l.); 1983 wird das Alphabetentum in Laos überwunden. Studenten der Staatlichen Pädagogischen Hochschule in Vientiane (r.).



BEWEGENDE MANIFESTATION

Nicht zufällig offenbar wurde der Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften, in dem der große Internationalist, der Begründer des Sowjetstaates, Wladimir Iljitsch Lenin, mehrfach das Wort ergriff, zum Veranstaltungsort der Festsetzung anlässlich des Tags der internationalen Solidarität der Werktätigen gewählt.

Am 2. Mai sah er Vertreter der Werktätigen Moskaus und viele ausländische Gäste, Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen, die gemeinsam mit dem sowjetischen Volk den 1. Mai feierten. Babylonisches Sprachengewirr, Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, unterschiedlicher Berufe und politischer Anschauungen — eine Welt en miniature! Aber sie verstehen einander ausgezeichnet, sie verbindet der

weltweite Bruderbund der Arbeiter.

Die proletarische Solidarität war stets eine wirksame Waffe im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Besondere Bedeutung aber erlangt sie in unseren Tagen. Heute erfordert der Gang der Weltereignisse, so erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), Stepan Schalajew, machtvoll den weiteren Zusammenschluß aller Menschen der Arbeit. Gefährlich wie nie zuvor für den Frieden, für das menschliche Leben wurden die militaristischen Bemühungen der imperialistischen Kräfte, angeführt von den USA. Das Weiße Haus läßt die Friedensvorschläge der UdSSR unbeantwortet, verstärkt die Herstellung immer gefährlicherer Waffensysteme, bereitet sich auf den „be-

grenzten Nuklearkrieg“ in Europa vor und erklärt den Erstschatz offen zur Grundlage seiner Strategie. Die militaristischen Programme des Imperialismus beeinträchtigen schon jetzt stark die Interessen der Werktätigen. 28 Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern sind ohne Arbeit, Dutzende Millionen auf der Erde verhungern, anderthalb Milliarden sind ohne medizinische Hilfe, mehr als 800 Millionen Analphabeten.

Der Frieden läßt sich von den Imperialisten nicht erbitten. Für ihn muß man kämpfen. Die machtvollen Ostermärsche, namentlich in den USA und in Westeuropa, haben gezeigt, daß die Menschen guten Willens sich mit dem tragischen Schicksal nicht aussöhnen werden, das ihnen die Waffenfabrikanten bereiten. Die Werktätigen haben jemand, auf den sie sich stützen können. Die Sowjetunion, sagte der Generalsekretär des WGB, Ibrahim Zakaria, in seiner Rede auf der Kundgebung, steht nicht nur als wahres Bollwerk des Friedens da, sondern unternimmt auch beispiellose Anstrengungen zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Einstellung des Wetrüstens. ... Wir, die Werktätigen verschiedener Länder, glauben, daß sich keine andere Solidaritätsbekundung damit vergleichen läßt. Wir wollen Frieden, wir wollen Abrüstung, weil wir leben wollen, und besser leben wollen, und wir setzen das durch, denn mit uns ist die



ENTLARVTE SELBSTSUCHT

Midkhat SARIPOW

Viele schöne Worte werden im Westen gemacht, um zu beweisen, die ausländischen Investitionen in die Länder Asiens und Afrikas sollten wirksam zur Entwicklung ihrer Wirtschaft beitragen. Die Praxis jedoch zeigt, daß die imperialistischen Monopole — diese Waffe des Neokolonialismus — am wenigsten an die Interessen der Entwicklungsländer denken. Die Herren der Multis kümmern allein der eigene Vorteil, das aber verschlimmert nur die Probleme der ehemaligen Kolonien. Darüber hinaus dienen Rassismus, Apartheid und Kanonenbootpolitik letztlich den transnationalen Monopolen.

Problemen des Kampfes gegen die Gewalt der Multis, der Entlarvung ihrer Machenschaften, die sich gegen die Interessen der jungen unabhängigen Staaten richten, galt die zweite Internationale Konferenz „Entwicklungsstrategie und transnationale Monopole“ vom 28. April bis zum 2. Mai in der äthiopi-

schen Hauptstadt Addis Abeba. Auf Initiative der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation waren hier namhafte Wissenschaftler, Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker aus mehr als 50 Ländern sowie Abgesandte verschiedener internationaler Organisationen zusammengekommen.

Bei der Eröffnung dieses wichtigen Forums verwies der Vorsitzende des Provisorischen Militärverwaltungsrats Äthiopiens Mengistu Haile Mariam auf die verheerende Tätigkeit der Multis, die die meisten Wirtschaftszweige der Entwicklungsländer unter Kontrolle nehmen wollen. Er appellierte an die jungen Staaten, eine einheitliche Strategie für die selbständige Wirtschaftsentwicklung auszuarbeiten.

Die Statistik beweist, daß es heute rund 7000 große transnationale Monopole in der Welt gibt. Sie kontrollieren 90% der direkten Auslandsinvestitionen

westlicher Länder und holen aus den Entwicklungsländern jährlich zwischen 50 und 100 Md. Dollar Profit heraus. So sieht dieser Entwicklungsbeitrag aus!

Ein Hemmschuh für das Fortschrittsstreben der jungen Staaten und für ihre grundlegenden Interessen sei auch das von den imperialistischen Mächten und von den Multis entfesselte Wetrüsten, hieß es auf der Konferenz. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Waffenlieferungen westlicher Rüstungskonzerne die ohnehin knappen Ressourcen der afro-asiatischen Länder erschöpfen. Um dieses todbringende Gut abzusetzen, muß ja auch der „Bedarf“ dafür geschaffen werden. Das geschieht künstlich, durch Anheizung der Konflikte zwischen den Staaten. In den Berichten und Referaten der Delegationen wurde hervorgehoben, daß das blutige Geschäft den Monopolen Riesenprofite einträgt. Größter Waffenexporteur sind die USA. Sie verkauften 1980 Rüstungsgüter für 15 Md. Dollar. Große Lieferungen gehen nach Pakistan, Saudi-Arabien, in die Türkei, nach Thailand, Zaire, in die RSA. Die Neokolonialisten machen den Waffenverkauf zu einem wichtigen Mittel der Bekämpfung demo-



Sowjetunion und wir sind mit der Sowjetunion.

Die aktuellste Aufgabe unter den gegenwärtigen Bedingungen ist, wie die Gewerkschaftsvertreterin der DDR Charlotte Welm sagte, alle internationalen Gewerkschaftsbewegungen, unabhängig von der politischen Orientierung und der organisatorischen Zugehörigkeit, zu mobilisieren und zu aktiveren Aktionen im Friedenskampf heranzuziehen sowie sie zum Mittelpunkt einer machtvollen Antikriegsfront zu machen.

Auf der Kundgebung berichteten Vertreter der sowjetischen Gewerkschaften, der Länder Afrikas, des Arabischen Ostens, Lateinamerikas, Frankreichs und Afghanistans von konkreten Anschlägen des Imperialismus, von lebendigen Beispielen der proletarischen Solidarität und darüber, was die eine oder andere Formation der Weltarbeiterklasse bewegt.

Trotz der unterschiedlichen Bedingungen, unter denen wir kämpfen, haben wir alle einen gemeinsamen Gegner, den Imperialismus und seine Politik der Unterdrückung und Ausbeutung, bemerkte der Vertreter der CGT C. Billard. Heute, da der Imperialismus versucht, militärische Überlegenheit zu erlangen und die Menschheit an den Rand

einer thermonuklearen Katastrophe zu bringen, brauchen wir Solidarität im Kampf für die Verhütung des Krieges, für Entwicklung und Fortschritt. Und dieser Kampf erstarkt zusammen mit der zunehmenden internationalen Solidarität der Werktätigen.

Frieden und Arbeit sind unteilbar, war das Leitmotiv aller Ansprachen.

Im Saal brandet Beifall auf, als die Vertreter der Arbeiterbewegung verschiedener Länder und Kontinente sich an den Händen fassen und sie zum Zeichen der Freundschaft und der Kameradschaft der arbeitenden Menschen erheben. Unter den Wölbungen des Saals klingt feierlich und bewegend die proletarische Hymne, die Internationale.

A. STEPANOW

Fotos: A. Motschalin

kratischer und fortschrittlicher Kräfte in der dritten Welt.

Mit dem Verkauf von Waffenlizenzen sichern die Multis den Aufschwung der Rüstungsindustrie in der RSA. Die „Anglo American Corporation“ kontrolliert zusammen mit „Imperial Chemical Industries“ die führende südafrikanische Firma ARMSCOR. Mit technischer und finanzieller Hilfe der Multis ist das Regime in Pretoria jetzt in der Lage, die Atomwaffenproduktion aufzunehmen. Das gleiche gilt für Israel, das seine feindlichen Aktionen gegen die arabischen Völker fortsetzt.

Die aggressive Politik des Imperialismus kommt den Multis zugute. Indem der Westen immer neue Regionen der Entwicklungswelt zu seinen „Interessenzonen“ erklärt, schafft er ungeahnten Raum für die Monopole und fordert damit offen das Bestreben der frei gewordenen Länder nach wahrer politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Selbstständigkeit heraus.

Der Kampf gegen die Multis, erklärte der Generalsekretär der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation Nouri Abdul Razzak, sei ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für die Errich-

tung einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung. Die führenden kapitalistischen Mächte, deren Wirtschaft in einer langwierigen Krise steckt, versuchten, deren Lasten auf die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas abzuwälzen. Doch die frei gewordenen Staaten wollten mit der Abhängigkeit vom Westen Schluß machen und eine Umstrukturierung des gesamten Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung und des beiderseitigen Vorteils erzielen.

Zur Erreichung der gestellten Aufgaben sei ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsstaaten sowie die allseitige Entwicklung ihrer Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft nötig, hieß es im Schlußdokument des Forums.

Die Teilnehmer der Begegnung in Addis Abeba vertraten einhellig die Ansicht, daß das zur Grundlage der Strategie der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Kampf für die Beseitigung der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltssystem werden muß.

FÜR GUTE VERSTÄNDIGUNG

Im Februar konnte der 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Sri Lanka begangen werden. Leonid Breschnew und Präsident Jayawardene hatten aus diesem Anlaß Botschaften ausgetauscht, in denen sie den Wunsch beider Länder zum Ausdruck brachten, auch weiter für die Vertiefung der gegenseitigen Verständigung, von Freundschaft und Zusammenarbeit einzutreten. Dieser Wunsch wurde erneut bei den Begegnungen bekräftigt, die Ende April in Moskau zwischen dem Außenminister Sri Lankas Shahul Hameed und Nikolai Tichonow sowie Andrej Gromyko stattfanden. Beide Seiten stellten einhellig günstige Möglichkeiten zur Aktivierung des gemeinsamen politischen Vorgehens Moskaus und Colombos in der Welt sowie zur Ausweitung der Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Kontakte fest.

Basis für den Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Weltchauplatz ist das gemeinsame Interesse der UdSSR und Sri Lankas an der Gesundung des internationalen Klimas.

Dem dient der Vorschlag, den Indischen Ozean zu einer Friedenszone zu machen und ihn von ausländischen Militärstützpunkten zu befreien. Bekanntlich war Sri Lanka einer der Initiatoren dieses Vorschlags. Und dessen Hauptstadt Colombo wurde von den Vereinten Nationen zum Veranstaltungsort der internationalen Indik-Konferenz angesehen, deren Einberufung 1981 von der US-Diplomatie verhindert wurde.

Die Sowjetunion befürwortet konsequent die Verwandlung dieser Region in eine Friedenszone. Wichtige Bedeutung für die Realisierung dieser Aufgabe hat der unlängst von der Sowjetunion an die USA gerichtete Vorschlag, eine Übereinkunft über die beiderseitige Einschränkung von Aktivitäten der Marine und die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf Meere und Ozeane, natürlich einschließlich des Indischen Ozeans, zu erzielen.

In der gemeinsamen Mitteilung Sowjetunion—Sri Lanka heißt es, die Seiten hätten sich für unverzügliche praktische Schritte zur Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone ausgesprochen sowie für die Abhaltung einer diesbezüglichen internationalen Konferenz in Colombo spätestens in der ersten Hälfte des Jahres 1983.

A. USWATOW

ROTIERT PRÄSIDENT MONROE IM GRABE?

Alexander BARYSCHEW

Der Falkland-(Malwinen-)Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien, der zu militärischen Auseinandersetzungen führte, hat die akute Krise in dem von den USA in der westlichen Hemisphäre zusammengezielmten panamerikanischen System erhellt. Erneut wurde die negative Rolle Washingtons erkennbar. Das Weiße Haus stellte sich offen auf die Seite Londons und entschloß sich zu militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Buenos Aires. In einem argentinischen Memorandum an die OAS wird festgestellt, dieser Schritt könne eine „echte Spaltung des panamerikanischen Systems“ bedeuten. Tatsächlich erweist sich dieses System in seiner gegenwärtigen Machart als indifferent nicht nur bei der Lösung brennender sozialer und wirtschaftlicher Probleme der Region, sondern auch in politischen, diplomatischen und militärischen Fragen in Verbindung mit der Interessenverteidigung der lateinamerikanischen Länder.

Den panamerikanischen Beziehungen liegt ein 1947 auf Initiative Washingtons von 20 lateinamerikanischen Republiken und den USA unterzeichneter Panamerikanischer Vertrag über gegenseitige Hilfe zugrunde. Hauptpunkte dieses Rio-Pakts wurden in die Satzung der später gegründeten OAS aufgenommen. Quintessenz des Vertrags ist dessen Artikel 3, der lautet: „(Die Staaten) kommen überein, daß ein bewaffneter Angriff irgendeines Staates gegen einen amerikanischen Staat als ein Angriff gegen alle amerikanischen Staaten betrachtet werden muß.“ Die OAS-Satzung deklarierte neben der formellen Verkündung des Beistands in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Teilnehmerländer auch eine „Organisierung der gemeinsamen Verteidigung“.

Die Washingtoner Initiatoren des Rio-Pakts, die bei dessen Ausarbeitung von „amerikanischer Solidarität“ und „gemeinsamem Schicksal“, ja sogar einem „Bruderbund“ sprachen, erwähnten damals auch die Monroe-Doktrin, die bereits 1823 verkündet wurde und „Amerika den Amerikanern“ lautete.

„Insgesamt stellt der Vertrag eine Fortsetzung der bisherigen amerikanischen Politik dar“, sagte Senator Smith bei der Unterzeichnung des Rio-Pakts. „In der Monroe-Doktrin haben wir erklärt, daß jeder Angriff auf irgendeinen amerikanischen Staat im Süden von uns als Zeichen unfreundlicher Beziehungen zu den USA betrachtet werden wird. Im Rio-Pakt wurde das zur Doktrin für die gesamte westliche Hemisphäre.“

Ist der Mechanismus des Rio-Pakts in Aktion getreten? Ja. Auf Drängen Washingtons. 1962 wurde der Pakt nötig, um Kuba, das die US-Fesseln abgeworfen hatte, unter dem Vorwand zu isolieren, es sei eine „Waffe einer ausländi-

schen Macht“. Und 1965 beanspruchte man den Pakt, um den Volksaufstand gegen die Diktatur in der Dominikanischen Republik niederzuschlagen. Selbstverständlich stellten weder Kuba noch der Volksaufstand eine Sicherheitsbedrohung in der westlichen Hemisphäre dar. Jetzt aber ist tatsächlich eine Situation eingetreten, da der Rio-Pakt mit seiner Monroe-Basis funktionieren müßte, wenn man dessen Buchstaben folgen will. Denn eines der Unterzeichnerländer ist von einem massierten bewaffneten Überfall seitens einer nichtamerikanischen Macht, nämlich Großbritannien, bedroht.

In dieser, eine reale Gefahr implizierenden Lage wandte sich Argentinien an das panamerikanische System und forderte die sofortige Einberufung einer Konsultativkonferenz der OAS-

GROSSBRITANNIEN

OHNE MASKE

Die ganze Woche vor dem Angriff der britischen Luftwaffe auf den Flughafen des Verwaltungszentrums der Falkland-Inseln (Malwinen) wartete England auf das Unausweichliche. Die Massenmedien peitschten die chauvinistischen Stimmungen noch höher. Entschiedener wurden auch die Forderungen der Gegner militärischer Abenteuer. Im Unterhaus fand die vierte Sondersitzung seit Krisenbeginn statt. In Rundfunk- und Fernsehprogrammen wurde die „Falkland-Krise“ immer häufiger von Militärs — im Ruhestand und von Aktiven — erörtert. Die hiesigen Zeitungen, besonders die Sonntagsblätter, brachten unzählige Karten, auf denen die fett eingezeichneten Pfeile der britischen Invasionskräfte auf die fernen Inseln gerichtet sind.

Nach der Landung von Marineinfanteristen auf Südgeorgien proklamierte Whitehall siegestrunken eine 200-Meilen-„Luftkriegszone“ um die Falkland-Inseln (Malwinen). Und obgleich die Mitglieder des „Militärkabinetts“ im Parlament weiterhin davon sprachen, sie wollten eine „friedliche Regelung“ des Konflikts, hatte der Oberkommandierende der britischen Armada bereits den Befehl erhalten, das Verwaltungszentrum der Inseln, Port Stanley, (das kürzlich von den argentinischen Behörden in Puerto Argentino umbenannt wurde) zum „geeigneten Zeitpunkt“ anzugreifen.

Außenminister. Die USA erhoben dagegen entschiedenen Einspruch. Und sie wußten, warum! Was heißt hier Monroe oder Rio-Pakt, wenn die Beziehungen Washingtons zu einem seiner wichtigsten NATO-Verbündeten auf dem Spiel stehen?

Da aber für die Einberufung der Konferenz mehr als zwei Drittel der Stimmen (18 Länder) abgegeben wurden, fand sie immerhin statt. Noch vor ihrer Eröffnung gab der US-Vertreter in der OAS unzweideutig zu verstehen, seine Regierung betrachte es als äußerst unangebracht, daß die OAS dieses Problem vom Standpunkt des Rio-Vertrags erörtern wolle. Weiter erklärte Haig, es wäre falsch, und es würde auch nichts dabei herauskommen, den Konflikt im Rahmen der vom Rio-Vertrag implizierten kollektiven Sicherheit zu erörtern. Warum das falsch wäre, erläuterte er allerdings nicht.

Bekanntlich beschlossen die Teilnehmer der Konferenz mit Stimmenmehrheit, Großbritannien solle unverzüglich seine feindlichen Handlungen im Südatlantik einstellen und die Friedensverhandlungen mit Argentinien wiederaufnehmen. Verurteilt wurden die in Verletzung der UNO-Charta beschlossenen

Kurz vor der britischen Attacke warfen die USA die Maske des Friedensstifters ab, indem sie vorbehaltlose Unterstützung für ihren engsten NATO-Verbündeten erklärten. Wenige Stunden später startete ein britischer Vulcan-Bomber mit seiner tödlichen Fracht vom US-Militärstützpunkt auf Ascension. Vor Morgengrauen fielen Bomben auf den Flughafen von Port Stanley. Danach attackierten Harrier-Maschinen mehrmals den Flughafen.

Am 3. Mai versenkte ein britisches U-Boot einen argentinischen Kreuzer außerhalb der von Großbritannien verkündeten „Kriegszone“. Wenig später teilte Verteidigungsminister John Nott auf einer Pressekonferenz mit, eine britische Invasion auf den Inseln werde vorbereitet.

Der Tory-Kurs auf die Eskalation des Konflikts im Südatlantik wird von den Werktätigen scharf kritisiert. Auf Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai verlangten namhafte Vertreter der KP, der Labour Party und der größten Gewerkschaften eine unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen und in Übereinstimmung mit der Resolution Nr. 502 des UNO-Sicherheitsrats die Aufnahme von Verhandlungen. Bezeichnend sind auch die Ergebnisse einer von der „Sunday Times“ veröffentlichten letzten Meinungsumfrage: Drei von fünf Briten sind gegen Blutvergießen.

wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der EG-Länder, die das Volk Argentiniens schädigen und sich negativ auf die normalen Beziehungen zwischen den Ländern auswirken.

Bezeichnend ist, daß der US-Vertreter versuchte, alles aus der Resolution auszuklammern, was seiner Behauptung nach „für England unannehmbar“ wäre. So wandte er sich u. a. gegen die Anerkennung der Souveränität Argentiniens über die Inseln. Wie zu erwarten, weigerten sich die USA dann auch, für die Pro-Argentinien-Resolution zu stimmen.

Weshalb nun vergaß Washington die Versicherungen Monroes und aller folgenden Präsidenten, man sei bereit, seine südlichen Brüder gegen jeglichen Aggressor zu verteidigen? Offenbar deshalb, weil das im gegenwärtigen Augenblick nicht den Interessen der imperialistischen US-Politik im globalen Maßstab wie speziell im Südatlantik entspricht. Auf ebendiese Interessen aber zielt die Monroe-Doktrin doch ab,

und man darf annehmen, daß ihr Urheber wegen einer solchen Verletzung seiner Doktrin nicht im Grabe rotieren wird. Schließlich wußte er ja, wozu er sie erdacht hatte...

Der jetzige Konflikt verdeutlicht, daß sich die beiden Amerikas immer weiter auseinanderleben. Er bekräftigt erneut die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reorganisation des panamerikanischen Systems, der OAS, in der Washington, ohne auf die politischen Realitäten auf dem Kontinent Rücksicht zu nehmen, lediglich ein Instrument des Neokolonialismus sehen will.

Der Außenminister Venezuelas Zambano beschuldigte die USA der Verletzung von Vertragsverpflichtungen gegenüber den OAS-Ländern. Der peruanische Präsident Terry äußerte die Bereitschaft, Argentinien im Konflikt mit Großbritannien weitgehende Unterstützung zu leisten. Die kubanische Regierung betont in einer Erklärung, die lateinamerikanischen und karibischen Völker könnten sich nun erneut vom wahren Wesen des panamerikanischen Vertrags über gegenseitige Hilfe überzeugen und davon, wer ihr historischer Feind sei.

Tories erlauben, sich bei Parlamentsdebatten vor Kritik zu schützen. Die hiesige Presse konstatiert, daß sich auch in der Labour Party selbst einige Differenzen über die Regierungsaktionen im Südatlantik abzuzeichnen beginnen. Der linke Labourflügel unter Benn verlangt entschieden, sich von der Typopolitik zu distanzieren. Der rechte Flügel unter Denis Healey, Außenminister des Schattenkabinetts, unterstützt eine „Politik des Drucks“ auf Argentinien. Bislang vermochten die Anhänger Benns in der Labour-Parlamentsfraktion nicht die Mehrheit zu erringen. Jetzt, nach Foots Absage der Konsultationen, kann sich die Lage ändern.

Die Toryregierung, die weiterhin den Eindruck von Verhandlungsbereitschaft zu wecken sucht, entsandte Außenminister Francis Pym, der mit seinem Amtskollegen Alexander Haig konferierte, in die USA. Diesmal war Haig, wie TV-Kommentatoren befriedigt konstatierten, schon nicht mehr der „unparteiische Vermittler“, sondern der „treue Verbündete“.

Pym besuchte auch New York — offiziell für Gespräche mit dem UNO-Generalsekretär. Doch in Wirklichkeit soll seine Blitzreise über den Atlantik nur die wahren Absichten Whitehalls tarnen. London hat in der „Falkland-Krise“ entschlossen den Kriegspfad betreten.

I. TITOW
Eigenbericht

London, den 4. Mai

NZ

KOMMENTAR

AM PRANGER

Weder Manöver hinter den Kulissen noch Versuche, direkten Druck auszuüben, wovon die Vertreter der US-Administration in der UNO Gebrauch machten, hinderten die 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung über die Palästinafrage, die Barbarenakte Israels in den von ihm besetzten arabischen Gebieten entschieden zu verurteilen. Allein die USA und deren westliche Verbündete stimmten gegen den Resolutionsentwurf einer Gruppe sozialistischer und nichtpaktgebundener Länder.

Die Vollversammlung prangerte nicht nur den aggressiven Kurs Israels an. Sie verurteilte gleichfalls jegliche Politik, die die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes verhindert, insbesondere die Gewährung von militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hilfe an Israel und den Mißbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat. So stand Washington am Pranger.

Nach dem kürzlichen Feuerüberfall auf Gläubige in der Al-Aqsa-Moschee sprachen sich bekanntlich praktisch alle Mitglieder des Sicherheitsrates für eine Resolution aus, die die Mörder verurteilte. Doch deren Annahme wurde durch ein USA-Veto verhindert. Der massive Angriff der israelischen Luftwaffe auf friedliche Städte und Dörfer Libanons löste einen Sturm der Empörung in aller Welt aus, in Washington aber nur verbales „Bedauern“. Gerade zur gleichen Zeit hatte sich die US-Administration an den Kongreß mit der Bitte um Billigung des Rekordmilitärhilfeprogramms (2 Md. 485 Mio Dollar) für Israel gewandt. Ein Regierungssprecher betonte, die weitere Unterstützung Israels sei „das wichtigste und unerschütterliche Prinzip der USA-Nahostpolitik“.

Ermuntert von seinem „strategischen Verbündeten“ wird der Aggressor immer frecher. Israelische Truppen haben sich bereits in Südlibanon, in der vom Separatisten Khaddad besetzten Enklave, eingerichtet. Im Westjordanland, im Ghaza-Streifen und auf den syrischen Golan-Höhen halten die Razzien und Verhaftungen an. Die Knesseth aber plant eine Debatte über eine Gesetzesvorlage, die die Demontage der von Israel unrechtmäßig in den besetzten Gebieten geschaffenen Wehrdörfer verbietet. Die Regierung Begin verhehlt nicht, daß dies ein weiterer Schritt zur Annexion der besetzten arabischen Gebiete wäre.

Die UNO-Resolution ist also höchst aktuell.

W. SCHELEPIN



Harrier-Maschinen an Bord des Flugzeugträgers „Invincible“
Telefoto: UPI-TASS

Anthony Wedgwood Benn, Labourabgeordneter des Unterhauses, betonte auf einer 1.-Mai-Kundgebung in Stroud, daß die Toryführer die Kontrolle über die Kriegsmaschinerie, die sie selbst in Gang setzten, verloren haben. Er rief zu einer nationalen Kampagne für eine friedliche Lösung der „Falkland-Krise“ und zur Rückkehr der Flotte in ihre Stützpunkte auf.

Judith Hart, Vorsitzende des Nationalen Exekutivkomitees der Labour Party, unterstrich auf einer Kundgebung in London, daß der Luftangriff auf den Flughafen von Port Stanley eine offene Verletzung der Resolution des Sicherheitsrates durch Großbritannien darstellt. Blutgefärbt waren die Stufen zum Haupteingang des britischen Verteidigungsministeriums, nachdem Demonstranten Farbbeutel geworfen hatten.

Die innenpolitische Lage spitzt sich weiter zu. Da die Regierungspartei offenbar nicht gedenkt, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen, sagte Oppositionsführer Michael Foot die vertraulichen Konsultationen mit der Regierung ab. Derartige Konsultationen würden es nach Meinung von Beobachtern den

GEDENKEN— UM DER ZUKUNFT WILLEN

Bonn, Duisdorfer Friedhof. Wladimir Semjonow, Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik, legt einen Kranz am Grab sowjetischer Menschen nieder, die während des Großen Vaterländischen Krieges in der faschistischen Sklaverei umkamen. Wie alljährlich haben sich hier die Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft und ihre Angehörigen eingefunden. Wie alljährlich halten Jungpioniere Ehrenwache. Aber diesmal stehen am Denkmal auch vier Bundesbürger: betagte Grubenarbeiter aus Marl im Ruhrgebiet und ein Düsseldorf Journalist sind gekommen, um die Gefallenen zu ehren.

Karl Weituschat, Heinrich Eckert und Hans Schuyer: Über sie schrieb der ehemalige Soldat Nikolai Udodenko einmal an die „Neue Zeit“. Er dankte den Kumpeln für ihre Hilfe, die sie, obwohl es ihnen das Leben kosten konnte, sowjetischen Menschen in faschistischen Gefängnissen erwiesen hatten, hob die Stärke der Arbeitersolidarität hervor und forderte auf, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern.

Nikolai Udodenko hatte damals nicht gewußt, ob die Kumpel am Leben sind. Sie sind es und konnten vor allem dank der Aktivität und Initiative Peter Baumöllers von der Düsseldorfer „Deutschen Volkszeitung“ gefunden werden. Darüber schrieben die „Neue Zeit“ (Nr. 44/81) und die „Deutsche Volkszeitung“ gleichzeitig.

Die Publikationen fanden ein vielstimmiges Echo. Einmal besuchte unser Leser Pietro Pinelli aus Pavia (Italien) das Bonner Korrespondentenbüro der „Neuen Zeit“. Wie er berichtete, war er in den letzten Kriegsjahren in mehreren faschistischen Konzentrationslagern gewesen und hatte dort Sowjetbürger kennengelernt. Ihre Standhaftigkeit und ihre Treue zum sozialistischen Heimatland hatten ihm Bewunderung abgerungen. Pinelli stellte der NZ-Redaktion seine Tagebücher aus den Kriegsjahren zur Verfügung.

Auch die „Deutsche Volkszeitung“ erhielt Leserbriefe. Nikolai Udodenko fragte in seinem Offenen Brief nach dem Schicksal einiger ihm be-

kannt gewesener Menschen, darunter nach dem des Antifaschisten und Widerstandskämpfers Philipp Kaufmann: „Erinnert Ihr Euch an den Bergmann Philipp Kaufmann? Er war ein standhafter Kommunist, der bis zum letzten gegen die Hitler-schaft gekämpft hat. Er war ein wahrer Stolz der deutschen Arbeiterklasse! Ist er aus den Händen der Gestapo zurückgekommen? Wie hat seine Familie existiert?“

Alle Menschen, mit denen Peter Baumöller und ich sprechen konnten, erinnerten sich an Kaufmann. Sie wußten, daß er von der Gestapo verhaftet worden war, was dann weiter geschah, war nicht bekannt. Nun bekam die „Deutsche Volkszeitung“ einen ganzen Beitrag eingesandt. Er begann mit der von Nikolai Udodenko gestellten Frage worauf folgende Episode geschildert wurde: „Das Telefon klingelt. Hilde-

In seinem Brief an die Redaktion nannte Nikolai Udodenko einige seiner Kameraden im Widerstandskampf. Mit einem von ihnen, Jewgeni Michnenko, hat unser Korrespondent gesprochen.

DIE UNGEBROCHENEN

Im Moskauer Wohngebiet Swi blowo gibt es die stille Wereskowaja uliza (Erika-Straße). In einem einstöckigen Haus wohnt hier Jewgeni Fjodorowitsch Michnenko.

Vor 41 Jahren meldete sich der durch und durch zivile Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Eisenbahnverkehr Jewgeni Michnenko, Kandidat der Wissenschaften, freiwillig zur Volkswehr. In der 13. Division des Moskauer Bezirks Rostokino war er zuerst Zugführer und später Politleiter. Die Division wurde Anfang Oktober 1941 bei Wjasma eingekesselt. Bei einem Durchbruchgefecht wurde Michnenko an den Beinen verwundet. Als er wieder zu sich kam, hörte er, daß um ihn deutsch gesprochen wurde...

Mit anderen Kriegsgefangenen mußten die Verwundeten zum nächsten Bahnhof marschieren.

Viel erlebte Michnenko auf diesem

grausamen Marsch. Aber schon damals erfuhr er, daß es unterschiedliche Deutsche gab.

„Ich marschierte am Rande meiner Reihe“, erzählt Michnenko, „und wagte es, mit einem Begleitposten ins Gespräch zu kommen. Er war Grubenarbeiter. Ich zeigte auf meine Beine und bat ihn, mich bei einem Halt zu ‚übersehen‘. Er versprach es. Aber am Morgen kamen neue Wachen und trieben uns weiter.“

Damals konnte der sowjetische Soldat nicht ahnen, wie eng sich sein Leben mit deutschen Grubenarbeitern verflechten sollte, und wußte nicht, daß er im fernen, feindlichen Deutschland Freunde finden würde.

In einem Kriegsgefangenenlager bei Minsk baute Michnenko eine Kampfgruppe auf mit dem Ziel, die Flucht zu den Partisanen zu organisieren. Manchmal gelang das auch. Aber die Grup-

pe, mit der Michnenko gehen sollte, wurde von einem Provokateur verraten.

Er kam in die Sträflingsbaracke und wurde danach zusammen mit anderen zur Zwangsarbeit nach Deutschland abtransportiert. Das 552. Arbeitskommando, zu dem er gehörte, arbeitete in der Grube „Augusta-Victoria“ in Marl-Hüls.

„Zuerst fragte man uns in der Grube nach dem Beruf. Ich hörte, daß ein Elektriker gebraucht wird und meldete mich. Man glaubte mir nicht, und ich wurde geprüft. So kam ich in die Elektrowerkstatt. Sie war für mehrere Kriegsgefangenen- und Internierungslager da. Dorthin fuhr ich häufig und konnte mich mit Gefangenen in vielen Arbeitskommandos unterhalten. Da waren neben Russen auch Franzosen, Polen und Holländer. Aber obwohl wir verschiedene politische Überzeugungen hatten, einte uns der Haß gegen den Faschismus“, berichtet Michnenko.

Er kam mitunter auch in die Häuser deutscher Bergleute. Einige hatten nichts gegen ein Gespräch mit den Russen.

Wenn er mit deutschen Arbeitern zusammentraf und ihnen die Wahrheit über die UdSSR erzählte, war Michnen-

9. MAI AUS INDISCHER SICHT

Das Ende dieses Pfeils hing über dem Kaukasus, seine Mitte durchstach Iran, seine Spitze erreichte Indien. Das war der Plan für die Eroberung des Nahen Ostens und Südasien, den das Hitlersche OKW bereits 1939 ausgearbeitet hatte.

Aber damit diese Landkartenzeichen Wirklichkeit wurden, mußte erst die Hauptsache bewältigt, d. h. der Barbarossa-Plan verwirklicht werden. Darin war u. a. der Vorstoß der faschistischen Truppen bis zum sowjetischen Kaukasus vorgesehen, ferner ein Durchbruch über den Kaukasus hinaus und die Schaffung eines strategischen Aufmarschgebietes für den Marsch nach Südasien. Im September 1942 erreichten die Hitlerschen Horden Noworossisk. Es begann eine der erbittertesten Schlachten des Großen Vaterländischen Krieges. Sie entschied auch über das weitere Vorrücken der Wehrmacht zum Orient.

Auf diese Weise waren die historischen Geschehnisse Indiens, das, wie man meinen sollte, von den Schlachten des zweiten Weltkrieges in Europa weitab lag, auf das unmittelbarste mit dem Kampf des Sowjetvolkes gegen die faschistische deutsche Aggression verbunden. Den ersten Atemzug, den ersten Schrei, den ersten Schritt jener Millionen und Abermillionen von Indern, die von der Statistik heute bereits zur mittleren Generation gerechnet werden, hatten die sowjetischen Soldaten geschützt, Soldaten, die den Faschisten den Weg bei Noworossisk versperrten und das Kleine Land verteidigten. Sie schützten Indien auch dann, als sie die faschistischen „Edelweiß“-Divisionen in den Ausläufern des Kaukasus aufrieben und den geplanten Blitzvorstoß gegen den Nahen Osten und Südasien vereitelten.

Jinendra Kumar Jain, ein Exponent des die Regierung stellenden Indischen Nationalkongresses (I) und Mitglied des Oberhauses, sagt mir: „Hitlers Eroberungspläne wurden durch den selbstaufopfernden Kampf des Sowjetvolkes durchkreuzt. Die heldenhafte Rote Armee behauptete nicht nur die Unabhängigkeit der UdSSR, sondern verhinderte auch den Einmarsch neuer Kolonisatoren in Indien. Wir wissen gut, wie teuer Ihr Sieg erkaufte wurde.“

Bereits eine Woche nach dem Einfall der Hitler-Truppen in die UdSSR entstand in Indien das Organisationskomitee zur Gründung einer Gesellschaft der Freunde der

UdSSR. Im Juni 1944 trat in Bombay der 1. Gesamtindische Kongreß der Gesellschaft unterm Patronat des großen indischen Dichters Rabindranath Tagore zusammen.

Bald nach der Zerschlagung der Faschisten im Kaukasus, nach der Niederlage jener Horden, die bis Indien hätten vorstoßen sollen, schrieb die dem INC nahestehende Zeitschrift „Student“: „Der sowjetische Sieg ist für die verklavten Völker der Welt der Hoffnungsschimmer... Wir sind uns dessen bewußt, daß die UdSSR unsere westliche Grenze verteidigt und uns dadurch vor der barbarischsten Sklaverei, der hitlerischen, gerettet hat.“

Die Solidaritätsbewegung für den Kampf des Sowjetvolkes, die sich im Grunde zu einer antifaschistischen Bewegung entwickelte, entstand in Indien in einer komplizierten Situation, war es doch noch immer den britischen Kolonialherren unterworfen. In einigen Kreisen der nationalen Befreiungsbewegung hieß es sogar, eine Niederlage der Alliierten im Krieg würde die Befreiung Indiens von der britischen Herrschaft näherbringen. Es gehörte ein Jawaharlal Nehru dazu, die Situation richtig zu beurteilen: Die zwischenimperialistischen Gegensätze, die 1939 den zweiten Welt-

krieg hervorgebracht hatten, konnten die traditionellen Kolonialmächte und das auf eine solche Rolle reflektierende Hitlerdeutschland nicht von ihrem Hauptziel ablenken, die Sowjetunion, damals das einzige Bollwerk des antiimperialistischen Kampfes der unterdrückten Völker, aus der Welt zu schaffen.

Als die Münchner Abmachung geschlossen wurde, traf Nehru in Europa ein, um gegen die Politik der Vorschubleistung für den Naziaggressor zu protestieren und zu einer kompromißlosen Zurückweisung von Hitlers Weltherrschaftsplänen aufzufordern. Sofort nach dem 22. Juni 1941 zog er den richtigen Schluß über die radikale Veränderung des Wesens des zweiten Weltkrieges: Für die unterdrückten Völker wurde er zu einem Krieg, in dem über das Schicksal ihres potentiellen Bundesgenossen Sowjetunion entschieden wurde. Deshalb solidarisierten sich die indischen Patrioten schon damals mit dem Sowjetvolk. Die sowjetische Siegesfahne über dem Reichstag war für die Inder der Inbegriff des Sieges über die Unterdrücker. Zwei Jahre später, am 15. August 1947, wurde auch in Indien über dem ehemaligen Palast des fremden Gouverneurs in Delhi die Unabhängigkeitsflagge gehißt. Bedeutsam ist, daß die UdSSR schon früher, am 13. April 1947, diplomatische Beziehungen zu Indien aufnahm und so ihren Glauben an die Befreiung der indischen Na-

UdSSR—JAPAN

ZUSAMMENARBEIT IM PAZIFIK

Ende April kamen in Moskau die alljährlichen Verhandlungen über Verfahren und Bedingungen des japanischen Lachsfanges im Nordwestpazifik 1982 zum Abschluß. Die japanische Presse betonte sofort, daß die Vereinbarung sehr rasch erzielt wurde. Dieser Umstand zeugt von der Festigung der für beide Seiten nützlichen Beziehungen im Bereich des Fischfanges. In Tokio wurde auch hervorgehoben, daß die Verhandlungen trotz der jüngsten politischen Spannungen zwischen Japan und der UdSSR erfolgreich abgeschlossen worden sind.

Seit 1956 die sowjetisch-japanische Konvention über den Fischfang im Nordwestpazifik geschlossen wurde, haben die Fischer beider Länder beträchtliche Erfahrungen bei der Lösung von Streitfragen gesammelt. Die Zeitung „Mainichi“ schrieb am 25. April: „Es gibt wohl kein besseres Beispiel für stabilere Beziehungen im Fischfang als die zwischen Japan und der UdSSR, nachdem der Fischfang in die Zeit der 200-Meilen-Zonen getreten ist.“ Sie wurden 1977 eingeführt und waren

zuerst eine ernste Prüfung für die Fischer beider Länder. Trotzdem lösten die UdSSR und Japan in den Jahren seither alle anfallenden Probleme gemeinsam und schufen Voraussetzungen für den Ausbau der Beziehungen im Fischfang. Damit zeigten sie auch anderen Ländern, wie die Interessen der Partner angesichts des neuen Seerechts in den Weltmeeren berücksichtigt werden können.

Seit 5 Jahren bleibt die Quote des japanischen Lachsfanges außerhalb der 200-Meilen-Küstenzonen der UdSSR unveränderlich: 42 500 t. Wichtig ist auch, daß Verfahren und Bedingungen des Fischfanges nahezu unverändert bleiben. Der pazifische Lachs gehört zu den sogenannten Wanderfischen. Der Gesamtumfang des Fangs wird in solchen Fällen von dem Staat festgelegt, durch dessen Gewässer die Fische wandern, und zwar nach Unterredungen mit interessierten Ländern. Deshalb hat die UdSSR, in deren Flüssen die Lachse laichen, das Vorzugsrecht auf den Lachsfang; auch trägt sie die Verant-

tion zum Ausdruck brachte, ebenso wie das indische Volk in den Kriegsjahren an den Sieg des Sowjetvolkes geglaubt hatte.

Über all das unterhalte ich mich mit J. K. Jain, und wir beide sind der Meinung, daß die Einstellung Indiens zu den europäischen Ereignissen von vor 40 Jahren in die Gegenwart hineinreicht, da die US-Imperialisten einen erneuten Versuch unternahmen, Europa zu einem Konfliktherd, zum Schauplatz eines „begrenzten Nuklearkrieges“ herabzuwürdigen. In Indien versteht man, daß ein Kernkrieg heutzutage nicht begrenzt sein kann und daß die Welt im atomaren Inferno einfach vernichtet sein wird.

J. K. Jain sagt: „Die Ereignisse der 30er Jahre in Europa lehren uns: Die friedliebenden Kräfte müssen wachsam sein. Es gilt, neue Hitlers unmöglich zu machen. Am 9. Mai 1945 begann ein neues Kapitel in der Geschichte Europas. Dieses Kapitel darf nicht mit dem Schlußpunkt enden, den die Atom- und Neutronenbesessenen aus den USA setzen möchten.“

L. SHEGALOW
Eigenbericht

Delhi

wortung für die Erhaltung der Fische auf ihrer ganzen Wanderung.

Die UdSSR vertritt grundsätzlich den Standpunkt, daß der Lachsfang auf hoher See restlos eingestellt werden muß. In der Küstenzone ist er viel billiger und leichter zu organisieren, vor allem aber schadet es den Fischvorräten weniger. Da sich Japan aber auf den neuen Lachsfang noch nicht umgestellt hat und die japanischen Fischer bei der Einstellung der Hochseefischerei unweigerlich wirtschaftliche Schwierigkeiten erleben werden, hielt die UdSSR es für möglich, ihnen auch in diesem Jahr begrenzten Lachsfang in einigen Teilen des Nordwestpazifik zu erlauben.

Hierbei wurde zur Bedingung gemacht, daß die japanische Seite zum Teil die sowjetischen Ausgaben für den Schutz der Laichgebiete, für Meliorationsarbeiten und die Reproduktion der Fische kompensiert, u. a. durch Lieferung von Ausrüstungen für Lachszuchtbetriebe und Mischfutterwerke. Diese Praxis, die auch schon früher angewandt wurde, bestätigt erneut, daß die vielseitigen Kontakte im Bereich des Fischfangs unseren beiden Ländern Nutzen bringen.

T. SCHKOLNIKOWA

NZ

STANDPUNKT

DREI PAUSEN

In den Palais und Konferenzsälen von Genf, Wien und Madrid, wo erst vor kurzem am Verhandlungstisch leidenschaftlich diskutiert wurde, herrscht jetzt Stille. Lösungsreife Probleme lassen sich jedoch nicht in die Ferien schicken. Das politische Leben in Europa ruht nicht. Aber was bildet seine Substanz, was füllt die Pausen aus vor der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Genfer Verhandlungen über die Reduzierung der Kernwaffen in Europa, der Mitteleuropa betreffenden Wiener Truppenabbaugespräche und des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens?

Die UdSSR tut alles, damit Europa zu zuverlässig garantierter Sicherheit findet. Leonid Breshnews BRD-Besuch im November v. J. zeigte die Möglichkeiten des Dialogs bei der Suche nach Mitteln und Wegen, den Frieden in Europa zu gewährleisten. Dieser wichtigen Aktion folgten und folgen weitere Kontakte und Konsultationen auf europäischer Ebene. Auf allen Foren, bei denen es um die politische Zukunft Europas geht, brachten die UdSSR und ihre Bündnispartner konstruktive Vorschläge ein, die zu gegenseitig annehmbaren Lösungen führen können. Die UdSSR untermauert ihre Ideen durch konkretes Handeln, bis hin zu einseitigen Aktionen: 1979 zog sie, um den Übergang zur militärischen Entspannung in Europa zu erleichtern und zu beschleunigen, 20 000 Militärangehörige und 1000 Panzer aus Mitteleuropa ab. Aber diese Geste guten Willens fand keine Nachfolger unter jenen im Westen, die sich selber bis an die Zähne gerüstet, die UdSSR dagegen einseitig abgerüstet sehen möchten. Auf einen Fortschritt der Genfer Verhandlungen bedacht, stellte die UdSSR im Frühjahr 1982, ebenfalls einseitig, die Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes ein und ist bereit, eine Anzahl solcher Raketen abzubauen, falls es zu keiner erneuten Zuspitzung der Weltlage kommt. Auch diesmal befand man in Washington und einigen anderen Hauptstädten der NATO-Länder diesen Schritt unbefriedigend.

Eine solche Reaktion ist nicht verwunderlich. Washington hat seine eigenen Pläne für den europäischen Kontinent. Es weiß, daß in Europa, in dem Frieden und Eintracht herrschen, die US-Raketen nicht akzeptieren, nicht den Schauplatz eines „begrenzten Nuklearkrieges“ abgeben würde. So versucht man denn im Weißen Haus, Europa in die Fesseln der atlantischen Solidarität zu schlagen, mit der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ zu benebeln und einzuschüchtern. Alles Sinnen und Trachten der militaristischen US-Kreise geht dahin, den westeuropäischen NATO-Ableger in ein gigantisches Depot von Raketen-, Neutronen- und C-Waffen zu verwandeln, in die Basis für den ersten Schlag, für die Entfesselung eines Krieges, in dem seine Drahtzieher — weil hinter dem großen Teich sitzend — zu überleben hoffen.

Neuerdings zeichnet sich in der antieuropäischen US-Strategie eine weitere gefährliche Tendenz ab. Die westeuropäischen NATO-Länder sollen der interventionistischen Eingreiftruppe als Umschlagstellen dienen. Zuerst wurde Norwegen dazu gebracht, auf seinem Territorium Depots für schwere US-Waffen anlegen zu lassen. Dann wurde der BRD die Zustimmung zu dem US-Plan abgepreßt, das amerikanische Kontingent in diesem Land „für den Fall einer Krise“ mehr als zu verdoppeln und aus den Reservisten der Bundeswehr ein 100 000 Mann starkes „Unterstützungskorps“ aufzustellen. Gegenwärtig pirscht man sich wohl in der gleichen Absicht an Dänemark heran.

Nach all dem wird noch klarer, durch wessen Schuld die Wiener Gespräche schon seit mehr als 8 Jahren nicht vom Fleck kommen. Auch die Genfer Verhandlungen verraten die gleiche diplomatische Hinhaltetaktik. In Washington glaubt man anmaßend, die Zeit arbeite für jene, die beschlossen haben, um jeden Preis ab Ende 1983 rd. 600 Cruise Missiles und Pershings in Westeuropa zu stationieren: Je näher dieser Termin komme, um so nachgiebiger werde die UdSSR sein. Aber die Liebhaber von Verhandlungen „von der Position der Stärke aus“ und von Erpressungsmethoden könnten sich ins eigene Fleisch schneiden. Auf jeden Fall sind sie vor Folgen ihrer „Nachrüstung“ gewarnt, und die Warnung ist ernst gemeint. Durch die Obstruktionspraktiken der Washingtoner Vertreter hat sich auch das Madrider Treffen ohne jeden triftigen Grund über Gebühr hingezogen.

Vom Ausgang der Genfer und der Wiener Gespräche sowie des Madrider Treffens hängt vieles ab, sowohl die allgemeine Entwicklung in Europa und der ganzen Welt als auch der Charakter der weiteren Ost-West-Beziehungen. Wem es wirklich um die Minderung der Spannungen geht, der muß dafür sorgen, daß die Verhandlungen konstruktive und gewichtige Ergebnisse zeitigen.

Wladlen KUSNEZOW

NOSTALGIE

Unter Präsident Johnson wurde in den USA beschlossen, daß nur jene Privatbetriebe, die bei der Einstellung Frauen nicht diskriminieren, staatliche Aufträge erhalten sollen. Doch dieser Beschluß blieb praktisch wirkungslos. In den USA verdient eine Frau nach wie vor 59 Cent, wo ein Mann 1 Dollar bekommt.

Bereits 1972 hat der Kongreß ein „Amendement über die gleichen Rechte der Frauen“ angenommen. Doch Gesetzeskraft kann es erst dann erlangen, wenn sich drei Viertel der Bundesstaaten dafür aussprechen. 35 von 50 Staaten haben das bereits getan.

Die Abstimmung am 30. Juni soll zeigen, ob noch weitere drei Staaten dafür stimmen werden. Unterdes hat Präsident Reagan bereits den Klein- und Mittelbetrieben erlaubt, die Anordnung der Johnson-Administration zu ignorieren. Die zunehmende Arbeitslosigkeit verstärkt die Diskriminierung im Lande, und die Kürzung der Sozialausgaben verschlechtert die Lage der Frauen, besonders der alleinstehenden Mütter, noch mehr.

Über jenes Amerika, in dem die Frauen traditionell gegenüber den Männern benachteiligt sind, schrieb der französische „Monde Dimanche“: „Nostalgie tritt in allen Bereichen zutage.“

W. ARSENJEV



... Nichts dergleichen habe ich bestellt!

Zeichnung: N. Stschen

NOCH NICHT GESTÄNDIG

Fünf Ex-Regierungssprecher und ein jetziger kamen im Weißen Haus zusammen, wie das NBC-Fernsehprogramm meldete. Auf die Frage von Korrespondenten, ob sie irgendwann einmal Journalisten angelogen hätten, antworteten zwei mit „ja“, drei mit „nicht absichtlich“ und einer sagte „noch nicht“.

Die Eingeständnisse der Regierungssprecher haben kaum jemanden verwundet. In den letzten Jahrzehnten hat Washington wiederholt das amerikanische Volk und die Weltöffentlichkeit irreführt — so bei der berühmten Tongking-Resolution des Kongresses, nach der die USA die Luftangriffe auf Nordvietnam aufnahmen.

Nicht nur die Regierungssprecher lügen. Das Weiße Haus verfügt auch über einen großen Propagandaapparat, der 20 000 Personen beschäftigt und den Steuerzahler jährlich mindestens 2,5 Md. Dollar kostet. Washington wird jetzt sogar „Hollywood am Potomac“ genannt. Allein für Reklame- und Propagandafilme gibt es ebensoviel aus wie die bekannten Filmstudios „20th Century Fox“ und „Paramount“ gemeinsam.

Die fünf Ex-Regierungssprecher belogen ihre Mitbürger, was sie nicht ohne Stolz eingestanden. Der sechste ist noch nicht geständig — er amtet ja noch.

L. MICHAÏLOW

HAIGS ERMAHNUNGEN

Alexander Haigs Brief an NATO-Generalsekretär Joseph Luns vom 26. Juni 1979, der dieser Tage publik wurde, kann als eine Art militärisch-politisches Testament angesehen werden. In jenen Tagen, als er sein Amt als NATO-Oberkommandierender Europa aufgab, hielt es General Haig „für seine Pflicht, ein weiteres Mal einige Aspekte der Strategie der Verbündeten zu unterstreichen, die auch in Zukunft unsere Aufmerksamkeit und unsere Bemühungen verlangen“.

Was sind das für Vor allem schreiben könnte, „in Europa entstehen, da wir teilweise gezwungen sind, Atomwaffen einzusetzen“. Und der Luns, „die Erfolge bereits angenommene Programme für einen Einsatz amerikanischer Atomwaffen in Europa zu beschleunigen und zu führen“. Klarer läßt nicht sagen.

Angesichts der wachsenden Proteste

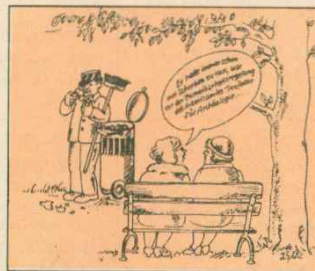
STINGLS ANSCHLAG

26 Jahre hatte es in der BRD nicht so viele Arbeitslose gegeben wie heute. Die Arbeitslosenversicherung, die aus Beiträgen der Beschäftigten und der Unternehmer sowie durch staatliche Zuschüsse gedeckt wird, ist so gut wie pleite. Um so mehr, da Regierung und Unternehmer sich gegen eine Erhöhung der Beiträge sträuben. Warum sollte man „Müßiggänger“ aushalten?

Doch konnte man die Arbeitslosen ganz ohne Unterstützung lassen?

In der Bundesanstalt für Arbeit, genauer gesagt, im Kopfe seines Präsidenten, des

Herrn Stingl, wurde da der rettende Einfall geboren, eine neue Regelung einzuführen. Jetzt kann das Arbeitsamt einem Erwerbslosen unabhängig von dessen Qualifikation eine schlecht bezahlte Stelle anbieten. Wenn er sie ausschlägt, erhält er anfangs acht Wochen lang keine Arbeitslosenunterstützung. Bei einer zweiten Weigerung wird er überhaupt aus der Arbeitslosenliste gestrichen. Nach vier Monaten tritt eine allmähliche Abqualifizierung in Kraft — der Arbeitslose rutscht eine Stufe tiefer. Vier Monate später wird er weiter zurückge-



„Er hatte immer schon mit Scherben zu tun, war vor der Zumutbarkeitsregelung des Arbeitsamtes Professor für Archäologie.“

Aus: „Unsere Zeit“ (BRD)

stuft. Nach weiteren Monaten verliert der Arbeits-

lose ganz seine Qualifikation und dann kann er nur mit ungelerten Tätigkeiten rechnen.

Der Verlust der Arbeitslosenunterstützung ist nur wegen der augenblicklichen materiellen Einbuße, er wirkt sich auf die künftige Rente aus. Die Abqualifizierung neuer Zumutbarer aber ist die sichere Grundlage dafür, nie mehr Arbeitslosen den Beruf zu erhalten.

In Bonn hat man bisher nach diesem Rettungsversuch gestrichelt. Stingl, der wie die demokratischen die neue Zumutbarkeitsregelung nannte, ist am 15. Juni die Kraft getreten. L. SM

GESCHÄFTSTÜCHTIGE JAPANER

Im Japanischen hat der Ausdruck „auf dem Rechenbrett rechnen“ noch die Bedeutung „an den eigenen Vorteil denken“. Obgleich die traditionellen hölzernen Soroban-Rechenbretter immer mehr von den Taschenrechnern verdrängt werden, gibt es noch viele Japaner, die am liebsten zum Rechenbrett greifen.

Die Zeitung „Nihon Keizai“ teilte mit, daß nach Beratungen des Außenministeriums, des Außenhandels- und Industrieministeriums und des Nationalen Verteidigungsamtes endgültige Übereinstimmung darüber erzielt wurde, den

Export von Rüstungstechnologie in die USA für „legitim“ zu erklären. Begründung: Der japanisch-amerikanische „Sicherheitsvertrag“ habe Vorrang gegenüber dem von der Regierung proklamierten Prinzip eines Waffenexportsverzehrs.

In Tokio hat man schnell gerechnet: Minuspunkt — Unzufriedenheit der Öffentlichkeit und Proteste der Opposition, Pluspunkt — Zufriedenheit Washingtons und natürlich der japanischen Rüstungskonzerne.

Für die modernste Rüstungstechnologie, bei der Japan die USA überholt hat, blättert das Pentagon gern große Summen hin. Die japanischen Waffenfabrikanten haben die 6,5 Md. Dollar Profit aus dem Vietnam-Krieg noch nicht vergessen.

Die verstärkten Rüstungsprogramme der US-Administration versprechen größere Profite — sind die Waffensysteme ja seitdem teurer geworden. Die politischen Prinzipien aber kann man eben vergessen. Für Tokio sind die ersehnten Profite wichtiger.

L. MLETSCHEIN

GEFÄHRDETE NEUTRALITÄT

Als „streng geheim“ ist das Pentagondokument „Operationsplan 10-1“ gekennzeichnet. Wie die schwedische Zeitung „Norrskensflamman“ schrieb, wurde er schon in den 60er Jahren in den USA verfaßt.

Der Plan sieht bereits in Friedenszeiten die Vorbereitung auf eine Kriegführung in Europa „mit ungewöhnlichen Mitteln“ vor. Laut Plan sollen „Guerillatruppen“ für Sabotage- und Diversionsakte in den neutralen Staaten, insbesondere in Schweden und Finnland, gebildet werden. Der



Plan beschreibt detailliert, wo in diesen Ländern „einheimische Freiwillige unter amerikanischer Führung tätig werden und wo sich deren Stützpunkte befinden sollen. Bis zum Tag des Kriegsausbruchs — bezeich-

net als „Tag-D“ — sollen diese Stützpunkte über eine ausreichende Zahl Waffen und ein hinreichend funktionierendes Kommunikationssystem verfügen.

Ferner verlangt das Dokument, Möglichkeiten für die Führung eines chemischen und bakteriologischen Krieges sowie den Einsatz taktischer Nuklearkriegswaffen auf dem Territorium der neutralen skandinavischen Länder zu schaffen.

D. MAXIMOW

Fotokopie aus:
„Norrskensflamman“
(Schweden)

VON KRISE ZU KRISE

In Canberra kam es wieder einmal zu einem Skandal. Zwei Minister der Bundesregierung wurden der groben Verletzung von Zollbestimmungen überführt und mußten zurücktreten.

Das gab der Kritik an der aus Agrariern und Liberalen bestehenden Regierung Fraser neuen Auftrieb. Die Australier tendieren immer mehr zur Opposition. Kürzlich errang die Labor Party bei den Nachwahlen im Distrikt Lowe einen überzeugenden Sieg. Selbst im Heimatstaat des Premierministers, in Victoria, der 27 Jahre eine Hochburg der Liberalen war, erlitten diese eine vernichtende Niederlage.

Nachdem Fraser mit tönenden Wohlstandsversprechungen an die Macht gekommen war, brachte er die Arbeits-

losigkeit auf den Rekordstand von 7%. Die jährlichen Inflationsraten verdoppelten sich.

An allem sollen nun die Arbeiter mit ihren Forderungen nach „übermäßigen Lohnerhöhungen und kürzerer Arbeitszeit“ schuld sein, erklärte Handels- und Industrieminister Lynch. Er fiel über die Streikenden her, die der Regierung „zusätzliche Ausgaben“ aufbürdeten und „das Vertrauen zu Australien untergraben“.

Auch der außenpolitische Kurs Canberras ruft Proteste bei der Bevölkerung hervor: Durch seine demonstrative Willigkeit gegenüber den amerikanischen Falken wird Australien zu einem Indikvorposten des Pentagon. So sehen die Ergebnisse der siebenjährigen Herrschaft der Regierung Fraser aus, die, wie die Zeitung „Age“ schreibt, „von einer Krise in die andere“ schlittert.

M. LEONIDOW

W. PAWLOW



Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdgas sind ein wichtiger Bestandteil des Brennstoff- und Energiekomplexes der UdSSR. Sie spielen eine Rolle auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern. Die Entwicklung der Gasindustrie, ihre Möglichkeiten, Pläne und Perspektiven sind das Thema eines Gesprächs, das unser Korrespondent Wladimir Rosen mit dem Minister für Gasindustrie der UdSSR, Wassili DINKOW, führte.

URENGOIS GAS IM 11. FÜNFJAHRSPLAN

NZ: Die Gasindustrie hat im vergangenen Jahr große Erfolge erzielt?

W. Dinkow: Die Gasförderung in der UdSSR liegt jetzt bei über 465 Md. m³. Das Planplus beträgt mehr als 7 Md. m³. Alle Vereinigungen des Ministeriums für Gasindustrie haben 1981 erfolgreich den Plan bei der Förderung und Verarbeitung von Gas und bei anderen Kennziffern erfüllt. Besonders Respekt verdient die Tätigkeit der Gasarbeiter Westsibiriens, wo ein Großprogramm zur Steigerung der Gasförderung verwirklicht wird. 1981 wurden von dort mehr als 176 Md. m³ Erdgas über hochleistungsfähige Pipelines geliefert — ca. 38% der gesamten sowjetischen Gasförderung. Vor nur 12 Jahren förderte die ganze UdSSR etwa die gleiche Menge.

Erfolgreich entwickelte sich die gas-chemische Industrie. Ihre Betriebe verarbeiteten über 67 Md. m³ Gas. Eine große Menge Kondensat, Schwefel und anderen wertvollen Produkten für Chemie, Petrochemie und die Produktion von Mineraldüngern wurde gewonnen.

Das Einheitliche Gasversorgungssystem der UdSSR wurde weiter ausgebaut. Die Gesamtlänge des Ringnetzes der Hauptgaspipelines entspricht dem dreifachen Äquatorumfang. Dieses von einem zentralen Dispatcherpult aus dirigierte System ermöglicht den operativen Einsatz riesiger Gasströme, was natürlich zur Gewährleistung der Gasversorgung der Volkswirtschaft wie für die Erfüllung unserer Exportverpflichtungen von Bedeutung ist.

NZ: Sie haben sich besonders lobend über die Gasarbeiter Westsibiriens geäußert. Worin erblicken Sie die Besonderheiten und Perspektiven der Erschließung der Gasvorkommen von Urengoi, Jamburg und des Polargebiets?

W. Dinkow: Zu Recht haben Sie

diese einmaligen Vorkommen erwähnt.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breschnew: Das Vorkommen von Urengoi „verfügt über so riesige Vorräte, daß es sowohl den inneren Bedarf unseres Landes als auch den Export, darunter in kapitalistische Länder, für viele Jahre abzusichern vermag“.

Die komplizierten Natur- und Klimabedingungen, der Dauerfrostboden, die niedrigen Temperaturen, die Sümpfe, die Entfernung von den Industriezentren und das Fehlen von Verkehrswegen — all das bedingte die fürwahr unglaublichen Schwierigkeiten, mit denen man bei der Erschließung dieser ungewöhnlichen Region konfrontiert wurde. Mußte ja erstmals in der Weltpraxis unter so komplizierten Bedingungen gearbeitet werden. Nötig war eine unkonventionelle Haltung zur Schaffung der Infrastruktur der Gasvorkommen. Insbesondere finden dort jetzt Bohrlöcher mit vergrößertem Durchmesser (Tagesförderung bis zu zwei Mio m³) breite Anwendung. Ungewöhnlich ist auch die Anordnung der Bohrlöcher zueinander. Ferner werden Anlagen für die komplexe Gasaufbereitung mit einer Einzelkapazität von 15 bis 20 Md. Kubikmetern jährlich eingesetzt. Neben der hohen Konzentration der Kapazitäten wenden wir beim Bau nur die komplexe Blockmethode an. Was das bedeutet? Die im Werk vorgefertigten, mit Anlagen und Geräten ausgerüsteten Blocks, oft Dutzende Tonnen schwer, werden erst in Urengoi montiert. Was bringt diese Methode? Sie ermöglichte es, den Arbeitsaufwand und die Bauzeit der Anlagen auf das Anderthalbfache zu verkürzen. Und die Schaffung der Infrastruktur um die Lagerstätten erfolgt komplex: Zugleich mit den Produktionsobjekten werden die Anlagen für die zentralisierte Energieversorgung, Straßen mit festem Belag, Wohnraum, Gemeinschaftsein-

richtungen übergeben. Viele Ministerien und Verwaltungen beteiligen sich an der Erschließung des Urengoi-Vorkommens.

Die Entwicklung der Gasindustrie der Hauptförderregion Westsibiriens wird weiter vorangetrieben. Täglich erhalten wir von dort mehr als 600 Mio m³ Gas. Hochqualifizierte, schöpferische Menschen, die unter Beweis gestellt haben, daß sie in kürzester Zeit und unter den komplizierten Bedingungen Nordsibiriens die großen Vorkommen unter Einsatz der modernsten technischen und technologischen Lösungen erfolgreich zu erschließen vermögen, sind dort tätig.

Beim zweitgrößten Gasvorkommen, dem von Jamburg, werden wir im laufenden Planjahrfünft den komplexen Aufbau der Infrastruktur vorbereiten. Das wird es ermöglichen, die Lagerstätte zu einer Hauptquelle für die Steigerung der Gasförderung im 12. Fünfjahrplan zu machen.

Die Gas- und Ölförderung in Westsibirien sowie der Transport in den europäischen Landesteil sollen die wichtigsten Punkte des Energieprogramms des 11. und auch des 12. Fünfjahrplans werden. Im laufenden Planjahrfünft ist vorgesehen, jährlich bis 355 Md. m³ sibirisches Gas zu fördern. Die Hauptsteigerung bei der Gasförderung soll durch Westsibirien gewährleistet werden.

NZ: Sie haben in der sowjetischen Presse von sechs im Bau befindlichen und von künftigen Gaspipelines berichtet. Wie sieht es mit der Verwirklichung dieser Projekte aus?

W. Dinkow: Um das sibirische Gas zum Verbraucher zu bringen, werden im 11. Planjahrfünft 5 Hauptgaspipelines Westsibirien—Zentrum sowie die Exportgaspipeline Urengoi—Ushgorod errichtet und übergeben. Das sind die wichtigsten Bauobjekte des Fünfjahrplans. Ihr Abschluß wird einen großen Beitrag zur Brennstoff- und Rohstoffversor-

gung der UdSSR leisten. Die Gesamtlänge dieser Gaspipelines wird 21 000 km überschreiten. Jede von ihnen stellt ein grandioses Bauobjekt von 3000 bis 5000 km Länge dar. Es entsteht aus Rohren mit einem Durchmesser von fast 1,5 m und ist für einen Arbeitsdruck von 75 at bestimmt. An der Gasleitung werden 30 bis 40 Verdichterstationen mit 10 000 bis 25 000 kW starken Aggregaten installiert.

1981 wurde bereits vorfristig eine solche Gaspipeline — die Gasleitung Urengoi—Uchta—Grjasowez — Moskau Gebietring — in Betrieb genommen. Im laufenden Jahr wurde die 2730 km lange Pipeline Urengoi—Petrowsk vorfristig übergeben. Gegenwärtig wird die dritte Gasleitung Urengoi—Nowoposkow verlegt. Der Bau der Exportgaspipeline Urengoi—Pomary—Ushgorod, deren Inbetriebnahme für 1983 vorgesehen ist, wurde begonnen. Im laufenden Planjahr fünf sollen zwei Linien der Gasleitung Urengoi—Pomary—Zenit, jeweils 3400 km lang, fertiggestellt werden.

Der Plan für 1982 sieht die Inbetriebnahme von mehr als 11 000 km Hauptgasleitungen vor.

NZ: Dieses Jahr steht im Zeichen des 60. Gründungstages der UdSSR. Wann und unter welchen Bedingungen entstand eigentlich in der Sowjetunion eine eigene Gasindustrie?

W. Dinkow: Im vorrevolutionären Rußland gab es praktisch keine Gasindustrie. Nach der Oktoberrevolution begann die planmäßige Erschließung der Gasvorkommen und der Aufbau einer eigenen Gasindustrie. Doch wegen der schwachen

technischen Basis, fehlender Erfahrungen und Ausrüstungen entwickelte sich die Gasindustrie vor dem Krieg recht langsam. So erreichte die Gasförderung 1940 nur 3,2 Md. m³, wobei nur ca. 0,4 Md. m³ auf Naturgas entfielen, der Rest auf das Nebenprodukt Naphthagas.

1956 kam die Wende — die Gasindustrie wurde ein selbständiger Wirtschaftszweig. Wir förderten damals 12 Md. m³ jährlich, und die Gesamtlänge der Hauptgaspipelines lag bei knapp über 7000 km. Seitdem begann die Gasindustrie die Förderung und das Tempo des Pipelinebaus spürbar zu beschleunigen. Dank dem ständigen Einsatz von Partei und Regierung, dank der unermüdlichen Arbeit und dem Schöpfergeist der Gasarbeiter und Bauleute erreichte unser Industriezweig in historisch kurzer Zeit eine Spitzenstellung. Er verfügt über eine solide Rohstoffbasis, ein starkes wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Industriepotential und über hochqualifizierte Kräfte. In der Gasförderung liegt die Sowjetunion an zweiter Stelle in der Welt, bei den Industriemitteln und beim jährlichen Förderungszuwachs, bei der Länge der Hauptsysteme der wichtigsten Gasleitungen hat sie alle anderen Länder überholt. Erdgas aus Vorkommen der RSFSR, der Ukraine, Turkmeniens, Usbekistans, Kasachstans und Aserbaidschans deckt den Bedarf aller 15 Unionsrepubliken.

In den nächsten Jahren wollen wir die USA überholen und den ersten Platz in der Welt bei der Fördermenge einnehmen. 1985 wird die UdSSR 630 Md. m³ Gas fördern, und

im 11. Planjahr fünf soll ein Förderungszuwachs von fast 200 Md. m³ erreicht werden. Ein solches Tempo hat die Welt noch nicht gesehen.

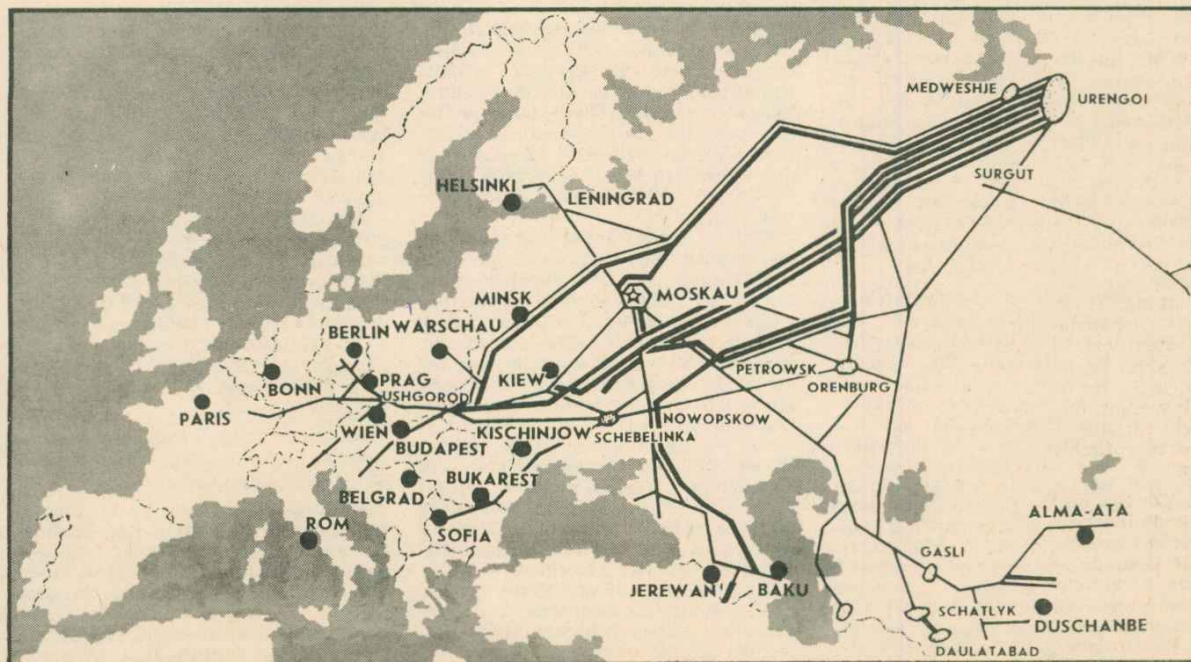
NZ: Wegen der immer größeren Entfernung der Gasförderregionen zum Verbraucher wurden die Förderung und der Transport komplizierter. Wie ist die Gasindustrie ausgerüstet? Was meinen Sie zu den Versuchen der USA, ein Embargo bei Anlagenlieferungen in die UdSSR zu verhängen? Wird sich das nicht störend auf die sowjetischen Pläne auswirken?

W. Dinkow: Ja, der Arbeitsaufwand bei der Förderung und dem Transport von Gas wächst von Jahr zu Jahr, vor allem, weil sich die Hauptrohstoffbasis in Westsibirien befindet. Das läßt es insbesondere notwendig werden, leistungsstarke und kapitalaufwendige transkontinentale Gasleitungen zu bauen, die ca. 70% der Investitionen dieses Wirtschaftszweiges verschlingen.

Das sowjetische Außenwirtschaftsprogramm sieht eine beiderseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten vor. Ich habe bereits die weltgrößte Gaspipeline Urengoi—Ushgorod erwähnt. Sie wird es erlauben, die BRD, Österreich, Frankreich und Italien stärker mit sowjetischem Gas zu versorgen sowie das Gas an neue Verbraucherländer Westeuropas zu liefern. Sie sind daran interessiert, und auch für uns ist das vorteilhaft.

Wir erschließen intensiv mit eigenen Kräften unsere Naturressourcen, doch verzichten wir auch nicht auf die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung. Um die Exportgaslieferungen sicherzustellen, kaufen wir

ÜBERSICHT DER GASPIPIELINES IM 11. PLANJAHR FÜNF
Das Schaubild zeigt die wichtigsten Gaspipelines und Gasvorkommen



Rohre und Ausrüstungen für die Pipelines an, die westlichen Länder aber erhalten als Kompensation sowjetisches Erdgas, das von großer Bedeutung für die Lösung ihrer Energieprobleme ist.

So wurde das Erdgas-Rohre-Abkommen zwischen der UdSSR und einigen westeuropäischen Ländern zu Recht als „Geschäft des Jahrhunderts“ bezeichnet. Es wird unserer Meinung nach nicht nur zum weiteren Ausbau der beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sondern auch zur Festigung des Friedens in Europa beitragen.

Trotz des Drucks der Washingtoner Administration hat man mit der Erfüllung dieses Abkommens bereits begonnen. Bundesdeutsche Firmen liefern bereits Rohre für das sibirische Gas.

Amerikanische Vertreter behaupten, ohne die Hilfe des Westens würden wir die Erschließung der Vorkommen im Norden des Gebiets Tjumen nicht bewältigen. Ich möchte dazu sagen: Das, was geplant ist, werden wir erfüllen, trotz aller Sanktionen des US-Präsidenten.

Bezüglich der hochproduktiven sowjetischen Technik, die wir einsetzen, möchte ich sagen, daß allein im laufenden Jahr in der UdSSR über 70 Typen der modernsten Maschinen und Anlagen zum Bau von Rohrleitungen hergestellt werden. So liefern die sowjetischen Baumaschinenwerke schwere Rohrverlegetraktoren. Sie können es durchaus mit den amerikanischen „Caterpillars“ aufnehmen. Ausgezeichnet bewährt haben sich unsere leistungsstarken Bagger, die Geländewagen und die 1420-mm-Rohre; die Systeme für die Regelung und den automatischen Betrieb der Hauptgaspipelines und der Gasfelder u. a. haben ihre Leistungskraft bewiesen. Erneut möchte ich betonen, daß die Erschließung der Vorkommen in Nord-Tjumen, wo im 11. Planjahr fünf der Hauptzuwachs bei der Gasförderung erzielt werden soll, auf der Grundlage sowjetischer Anlagen erfolgt. Die US-Sanktionen werden sich also keineswegs auf unsere Pläne auswirken.

NZ: Wie entwickeln sich unsere Verbindungen zu den sozialistischen Bruderländern? Inwieweit beteiligen sie sich am Pipelinebau? Und die Lieferung von sowjetischem Gas an die sozialistischen Länder?

W. Dinkow: Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern ist gerade in der Gasindustrie besonders wichtig. Die UdSSR ist der wichtigste Gasexporteur für diese Länder. Die sowjetischen Gaslieferungen ermöglichen es, die Rohstoff-, Brennstoff- und Energiebasis der RGW-Länder strukturell wesentlich zu verbessern. So hat die Sowjetunion nach geltenden Abkommen 1981 an die RGW-Länder und an Jugoslawien mehr als 32 Md. m³ Gas geliefert. Es wurde bereits zur Tradition, daß der Bau zwischenstaatlicher Gaspipelines zur Deckung des Bedarfs dieser Länder

SATELLITEN UND KRIEG

Der USA-Press zufolge hilft Washington Großbritannien aktiv im britisch-argentinischen Konflikt. Die britische Kriegsmarine nimmt die Dienste amerikanischer Nachrichtensatelliten in Anspruch. Sie liefern den britischen Kriegsschiffen ferner Angaben über die Wetterbedingungen und Eisbergverschiebungen im Südatlantik sowie über die Aktivitäten der argentinischen Streitkräfte.

Die USA handeln da dem 1967 geschlossenen Vertrag über die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zuwider. Signatäre dieses Vertrages sind über 80 Staaten, darunter die USA, Großbritannien und Argentinien. Der Vertrag postuliert das gemeinsame Interesse der Menschheit am Fortschritt der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken; ferner betont er, daß sie zum Wohl und im Interesse aller Länder zu erfolgen haben.

Die Ziele, die sich die Thatcher-Regierung im Raum der Falkland-Inseln (Malwinen) setzt, sind keinesfalls friedlich. Auch die kosmische Spionage der USA zugunsten Großbritan-

niens kann nicht dem Wohl und den Interessen aller Länder dienen.

Art. III des Vertrages verpflichtet seine Teilnehmer, den kosmischen Raum im Einklang mit dem Völkerrecht einschließlich der UNO-Charta, zu nutzen, um den Weltfrieden, die Sicherheit und den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung zu fördern. Im britisch-argentinischen bewaffneten Konflikt werden die amerikanischen Wettersatelliten sowie Mittel der kosmischen Verbindung und Beobachtung der Erdoberfläche zu Zwecken eingesetzt, die diesem Artikel direkt widersprechen.

Gewisse Leute könnten die Dienste Washingtons für London mit der Berufung auf das Recht der Staaten rechtfertigen wollen, bei der Raumererschließung zusammenzuarbeiten. Aber Art. IX des Vertrages von 1967 legt fest, daß die Zusammenarbeit bei der Raumererschließung und -nutzung unter gebührender Berücksichtigung der entsprechenden Interessen aller übrigen Teilnehmerstaaten zu erfolgen hat. In diesem Fall werden recht wesentliche Interessen Argentiniens betroffen. Mehr noch, beim Abschluß des Vertrages nahmen die Signatarstaaten an, daß er

an sowjetischem Gas gemeinsam auf der Grundlage der sozialistischen ökonomischen Integration erfolgt. Ein gutes Beispiel ist die gemeinsame Errichtung der größten Gaspipeline Europas, der „Sojus“-Leitung Orenburg—Westgrenze der UdSSR, durch die Sowjetunion, Bulgarien, die CSSR, die DDR, Polen, Rumänien und Ungarn.

Einige Bruderländer bekundeten die Bereitschaft, sich auch am Bau von Gaspipelines und Verdichterstationen auf sowjetischem Territorium zu beteiligen. Darüber wird bereits verhandelt. Zur Bezahlung der Baukosten wird die Sowjetunion diesen Ländern über den früher vereinbarten Umfang hinaus zusätzlich Gas liefern.

NZ: Einige unserer Leser fragen, ob wir bei den Gaslieferungen mit westlichen Ländern nicht zu großzügig sind. Kann es nicht passieren, daß wir selbst später diese Brennstoffe und chemischen Rohstoffe dringend benötigen werden?

W. Dinkow: Auf die Vorteile des Erdgas-Rohre-Abkommens für beide Seiten habe ich bereits hingewiesen. Es sei nur noch gesagt, daß die

Unterzeichnung eines so bedeutenden Abkommens unserer Meinung nach ein weiteres Mal die Festigung der Wirtschaftsverbindungen zwischen der UdSSR und den Ländern Westeuropas als Beispiel dafür demonstriert, wie die Energiefragen des Kontinents gemeinsam angegangen werden müssen.

Die Sowjetunion verfügt über größte Ressourcen und entwickelt planmäßig die Gasförderung. Befürchtungen, diese Ressourcen könnten selbst in längerer Perspektive erschöpft werden, sind grundlos, um so mehr, da es auf dem riesigen Territorium der Sowjetunion sicherlich auch andere, noch unentdeckte Gasvorkommen gibt.

NZ: Bitte einige Worte zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern.

W. Dinkow: Unser Ministerium arbeitet mit der BRD, den Niederlanden, Frankreich, Japan und anderen kapitalistischen Ländern in verschiedenen Bereichen zusammen — so im Rahmen eines Abkommens zwischen dem Staatlichen Komitee der UdSSR für Wissen-

zur gegenseitigen Verständigung und zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern beitragen werde. In der gegenwärtigen Situation ist das Gegenteil der Fall.

Man sieht jetzt noch klarer, was das Verhalten der amerikanischen und der britischen Delegation im UNO-Ausschuß zur friedlichen Nutzung des Weltraums bedeutet. Die künstlichen Satelliten werden in immer größerem Umfang für die Erforschung der Erdoberfläche und der Umwelt eingesetzt. Diese Tätigkeit heißt Fernerkundung der Erde und bringt vielen Ländern großen Nutzen bei der Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme. Doch kann sie unter Umständen einigen Staaten Informationen über ausländisches Territorium zur Verfügung stellen, die sehr wichtige Staatsinteressen berühren; z. B. über die Aktivitäten der argentinischen Streitkräfte.

Die sowjetischen Vertreter schlagen vor, zu vereinbaren, daß gewisse Fernerkundungsangaben niemandem übermittelt und ohne Zustimmung der entsprechenden Regierungen nicht verbreitet werden. Die meisten Mitgliedsländer des Ausschusses unterstützen diesen Standpunkt. Doch stören die ständigen Einwände der Vertreter westlicher Länder, vor allem der USA und Großbritanniens, schon seit Jahren eine Ausarbeitung der Prinzipien der Fernerkundung. In Situationen wie dem britisch-argentinischen Konflikt kann die

Freiheit der Verbreitung solcher Informationen einem seiner Teilnehmer strategische Vorzüge sichern und kommt kosmischer Spionage gleich.

Obwohl die Prinzipien der Fernerkundung noch nicht angenommen sind, heißt das nicht, daß auf diesem Gebiet keine völkerrechtlichen Normen bestehen. Auf sie sind die erwähnten Bestimmungen des Vertrages von 1967 voll und ganz anwendbar.

Die US-Administration rüstet zu einer großangelegten Nutzung des Weltraums zu militärischen Zwecken. Im Juni 1980 teilte „New York Times Magazine“ mit, daß „Shuttle“-Schiffe hauptsächlich vom Pentagon eingesetzt werden sollen. Im März 1981 schrieb die „Washington Star“, daß in den USA Stimmen laut werden, die eine militärische Oberlegenheit im Weltraum fordern. Hierzu seien militärische bemannte Satelliten und kosmische „Minengürtel“ sowie der Einsatz von Lasern schon Mitte der 80er Jahre nötig. Diese gefährliche Tendenz erhärtet die Notwendigkeit, die Militarisierung des Weltraums auszuschließen und zu verhindern, daß er zu einem Schauplatz der Konfrontation wird.

Die Besorgnis über die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum wurde im UNO-Ausschuß zur friedlichen Nutzung des Weltraums wiederholt von vielen Delegationen zum Ausdruck gebracht.

Im August v. J. schlug die UdSSR in der UNO vor, einen Vertrag über das Verbot der Stationierung jeglicher Waffen im Kosmos abzuschließen. In einer Ad-hoc-Resolution erkannte die Vollversammlung die Notwendigkeit an, wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern, und beauftragte den Abrüstungsausschuß, Verhandlungen zur Abfassung des Wortlauts des entsprechenden Vertrages einzuleiten.

Auf einer Tagung des Abrüstungsausschusses sabotierten die Vertreter der USA und einiger ihrer Bündnispartner die Ausführung dieses Auftrags der Vollversammlung. In einigen UNO-Organen geben amerikanische Vertreter zu verstehen, gewisse militärische Aktivitäten im Weltraum seien als friedlich anzusehen, wenn sie ihrem Charakter nach nicht aggressiv seien. Das in Chicago herauskommende Bulletin von Atomwissenschaftlern enthielt in seiner Maiausgabe von 1981 einen Beitrag, dessen Verfasser behauptet, eine militärische Weltraumnutzung, bei der Waffen nicht in Frage kommen, könne die Sicherheit der Staaten besser gewährleisten. Die Rolle, die die USA-Satelliten im britisch-argentinischen Konflikt spielen, zeigt, wie gefährlich „friedliche“ militärische Satelliten sein können, wenn sie im Gegensatz zum Völkerrecht benutzt werden.

J. KOLOSSOW

schaft und Technik und dem Industriemat für Ozeanologie der Niederlande. Das Ministerium für Gasindustrie und dieser Rat befassen sich gemeinsam mit der Erschließung von Gas- und Ölvorkommen auf dem Meeresboden, mit der Entwicklung technischer Mittel und technologischer Prozesse zu deren Erkundung, Abbau und Förderung. Durch ein Abkommen zwischen der Unionsvereinigung Lizenzintorg und der bundesdeutschen Firma Linde wurde die Zusammenarbeit bei der Verarbeitung von Naturgas mit hohem Schwefelwasserstoff- und Kohlensäuregehalt aufgenommen. Mit einigen französischen Firmen arbeiten wir an Korrosionsinhibitoren.

Die gemeinsamen Forschungs-, Konstruktions- und Projektierungsvorhaben sowjetischer Organisationen mit ausländischen Partnern tragen zur beschleunigten Entwicklung besserer technischer Mittel und technologischer Prozesse für die Förderung und Verarbeitung, den Transport, die Lagerung und die Nutzung von Erdgas bei.

BIOGRAPHISCHES



Geboren 1923 auf Malta; 1942—1947 als Lehrerin tätig.

Ab 1947 Mitglied des Exekutivkomitees der Mal-

PRÄSIDENT DER REPUBLIK MALTA AGATHA BARBARA

ta Labour Party und Vorsitzende ihrer Frauensektion.

1947 Wahl ins Parlament (MLP) als erste Malteserin. Sie behielt diesen Posten bei allen späteren Wahlen.

1955—1958 Volksbildungsminister, 1971 Ernennung zum Volksbildungs- und Kulturminister, 1974 zum Minister für Arbeit, Beschäftigung und Sozialfürsorge; 1976—1981 Minister für Arbeit, Sozial-

fürsorge und Kultur.

Wiederholt vertrat sie die MLP und die maltesische Regierung auf internationalen Konferenzen. Im Juni 1981 besuchte sie die UdSSR.

Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1981 wurde Agatha Barbara erneut in die oberste Legislative gewählt und am 16. Februar 1982 zum Präsidenten der Republik berufen.



SWAPO-Kämpfer in einer Gefechtspause

Die endlosen Gespräche über die Gewährung der Unabhängigkeit für Namibia treten jetzt bereits einige Jahre auf der Stelle. Nachdem die RSA die im Januar 1981 nach Genf einberufene Konferenz zur Verwirklichung der Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrates zum Scheitern gebracht hatte, schritt die neue US-Administration gleich ans Werk. Bereits im April v. J. offerierte sie ihren Plan, der die Ausarbeitung einer Verfassung für Namibia vor Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung vorsah. Dieser Plan lief der Resolution Nr. 435 zuwider, der zufolge Wahlen der Ausarbeitung

Juri BOTSCHKARJOW

einer Verfassung vorausgehen sollten. Übrigens wurde diese Resolution auf Vorschlag der „Kontaktgruppe“ — der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD und Kanadas — angenommen, die sich nach Gesprächen mit der RSA und der Befreiungsorganisation SWAPO zur Durchsetzung der Resolution verpflichtete.

So begannen die USA mit einer groben Verletzung ihrer eigenen Verpflichtungen und zudem der Grundsatzresolution Nr. 435. Sind es doch zwei völlig verschiedene Dinge, ob sich das Volk über seine demokratisch gewählten Vertreter eine Verfassung gibt oder aber westliche Länder, die RSA und deren Marionetten eine solche ausarbeiten.

Ende 1981 legten die USA im Namen der „Kontaktgruppe“ einen neuen Plan für eine „etappenweise Lösung“ vor. Auf der ersten Etappe soll nicht eine Verfassung verabschiedet, sondern sollen „Verfassungsprinzipien“ angenommen werden, was im Grunde ein und dasselbe ist. Auf der zweiten Etappe werden die nationale Zusammensetzung und die Stärke der UNO-

Truppen festgelegt, die laut Resolution Nr. 435 die Sicherheit aufrechterhalten und die Wahlen in Namibia kontrollieren sollen. Unschließlich auf der dritten Etappe Wahlen, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die Annahme einer Verfassung und die Bildung einer Regierung.

Dieser Plan ist bei all seiner Detailliertheit natürlich nicht darauf gerichtet, eine Lösung der Namibierfrage zu beschleunigen — im Gegenteil. Bedeutet das ja, daß der Übergang z. B. von der ersten zur zweiten Etappe erst dann möglich ist, wenn alle Fragen der ersten Etappe geregelt und im gegebenen Fall die „Verfassungsprinzipien“ angenommen sind. Wenn nun aber Fragen auftauchen, bei denen eine für alle akzeptable Lösung schwer zu finden ist? Dann stagnieren die Verhandlungen, ohne daß versucht wird, zu den nächsten Fragen überzugehen, wie das jetzt schon seit drei Monaten geschieht.

Stein des Anstoßes bei der Erörterung der „Verfassungsprinzipien“ war das Abstimmungssystem bei den Wahlen zur künftigen Konstituante. Die „Kontaktgruppe“ schlug ein

SPALTUNG IM WEISSEN CLAN

Boris ASSOJAN

In der Nationalistischen Partei, der Regierungspartei der RSA, ist es zur schwersten Spaltung gekommen, seitdem sie 1948 die Macht antrat. Nach einer stürmischen Sitzung des Parteivorstands in Transvaal wurden 16 Parteimitglieder ausgeschlossen, wurden ihnen die Parlamentsmandate entzogen und sie von ihren Posten in der Regierung abgesetzt. Zwei von ihnen sind der bekannte Ultrarassist Andries Treurnicht, Ex-Minister für Staatsverwaltung und Statistik, und Ferdinand Hartzenberg, Ex-Minister für Schul- und Berufsschulwesen (für Afrikaner).

Die Spaltung der Nationalistischen Partei widerspiegelt nur zu einem kleinen Teil die heutigen Gegensätze im weißen Clan, wie sich der europäische Bevölkerungsteil der RSA zu nennen beliebt. Die alte These von einer Über-

legenheit der Weißen, von der Baaskap, hat längst nicht mehr alle Angehörigen der herrschenden Minderheit für sich. Unter ihnen nimmt die Erkenntnis zu, daß in der südafrikanischen Gesellschaft radikale Wandlungen notwendig sind. Am aktivsten sind die jungen Menschen. Hunderte Absolventen der Schulen und Universitäten ziehen dem Dienst in der rassistischen Armee ein freiwilliges Exil vor.

Die unbedingten Gegner der Apartheid sind unter den Weißen noch nicht zahlreich genug, um die Regierung zwingen zu können, ihre verbrecherische Politik aufzugeben. Aber unter den Anhängern der Apartheid herrscht schon lange nicht mehr die frühere Eintracht. Das Regime wird in Geschäftskreisen kritisiert, die der Ansicht sind, daß die Rassendiskriminierung ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist. Die „ketzerischen“ Ideen sind auch in jenen rassistischen Institutionen eingedrungen, die noch ganz unlängst unerschütterlich zu sein schienen: in die Niederländische reformierte Kirche und sogar den elitären Broederbond der Afrikaner.

Einflußreiche Mitglieder des letzteren (einschließlich des Ministerpräsidenten selbst) haben ein Programm für ein „Reform“ der Apartheid aufgestellt, dessen Ausführung revolutionäre Wandlungen verheißt, die antirassistische Bewegung der Farbigen neutralisieren und die RSA aus der außenpolitischen Isolierung hinauszuführen soll.

Die „Reformen“ sollen die sichtbarsten Symbole der Apartheid (z. B. die Aufschriften „Für Weiße“ und „Für Schwarze“) allmählich abschaffen, führen aber keineswegs zur Aufhebung des schändlichen Systems einer getrennten Entwicklung der Rassen, umgekehrt, sie konsolidieren es noch. Sie sind in erster Linie für den äußeren Gebrauch bestimmt. Ministerpräsident

doppelte Abstimmung vor. Die eine Hälfte der Abgeordneten sollte über die Parteienlisten nach einem Proportionalssystem gewählt werden. Hierbei stünde der Sieg der SWAPO außer Zweifel. Doch die zweite Hälfte sollte dem Plan der „Kontaktgruppe“ zufolge aus Vertretern der Wahlkreise bestehen — ein Abgeordneter pro Wahlkreis, deren Zahl unbegrenzt wäre. Die SWAPO lehnte dieses ausgeklügelte System ab, das kleine von Pretoria unterstützte Stammesgruppen bevorzugt.

Die „Kontaktgruppe“ unterbreitete nach internen Konsultationen und Gesprächen mit der RSA Anfang April „neue“ Vorschläge.

Der Streit um das Wahlsystem ist von prinzipieller Bedeutung. Hängt ja von der Zusammensetzung der Konstituante ab, wer das unabhängige Namibia regieren wird: die wahren Vertreter seines Volkes oder RSA-Marionetten, d. h. wird die Unabhängigkeit des Landes echt oder nur formell sein. Die „Kontaktgruppe“, die immer wieder für die SWAPO unannehmbare Vorschläge unterbreitet, verfolgt offenbar das Ziel, eine Problemlösung im Interesse Pretorias hinauszuzögern.

Die RSA hat dort bereits einige „Parteien“ kreiert und diese zur Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) unter dem weißen Farmer Dirk Mudge zusammengefaßt. Dort gibt es sogar eine „Vollversammlung“ und eine „Regierung“. Doch die Marionetten liegen sich ständig

in den Haaren, und jetzt fällt die DTA, die Pretoria als „Alternative“ zur SWAPO aufbaute und die es als Regierungspartei nach Gewährung der „Unabhängigkeit“ sehen wollte, auseinander. So verließ die sogenannte Demokratische Partei unter dem Afrikaner Peter Kalangula, der übrigens mit Mudge Kovorsitzender dieser Marionettenallianz war, im Februar die DTA.

Dieser Rückschlag für die Pläne Pretorias war um so spürbarer, als Kalangula zu einem Stamm der Ovambos gehört, die etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung Namibias ausmachen. Die Ovambos sind die Hauptstütze der SWAPO, obgleich sie Anhänger auch unter anderen Volksgruppen hat. Bei Wahlen in Namibia „hätte es vor allem an Kalangula gelegen, für die DTA... die Kastanien aus dem Feuer zu holen“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“. Doch er wollte offenbar in Erwartung der Wahlen diese Kastanien für sich selbst herausholen.

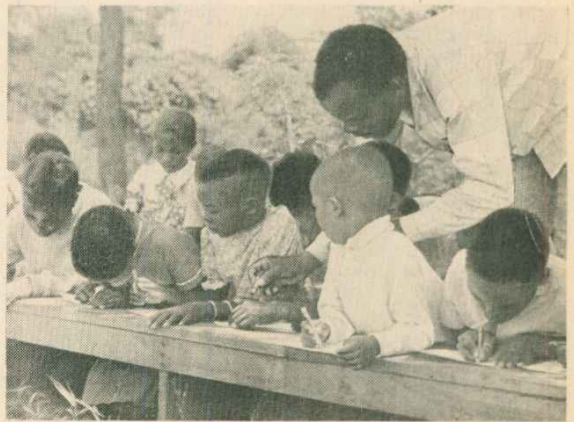
Die Lage in Windhoek beunruhigte RSA-Premierminister Botha derart, daß er sich im Februar zu einer überraschenden Reise entschloß.

Doch gelang es ihm offensichtlich nicht, die Gärung im Lager der RSA-Kreaturen aufzuhalten — einen Prozeß, der die großen Probleme innerhalb der RSA-Regierungspartei, der Nationalpartei, zum Ausdruck bringt. In ihr kam es zu einer Spaltung zwischen den Anhängern Bothas, die meinen, um die Apartheid zu erhalten, müsse man sie mit oberflächlichen Reformen „verschönern“, sowie denjenigen, die gegen jegliche Zugeständnisse an die Schwarzen sind.

Als sich Botha mit seinen Ideen

Unterricht in einem von der SWAPO befreiten Gebiet Namibias

Fotos aus dem Material des Informationsbüros der SWAPO



Botha und seine „liberale“ Gruppierung in der Regierung, die „Verligtes“, sind keineswegs aus humanen Gründen auf diese Reformen eingegangen. Zum Beginn einer teilweisen Revision der Apartheidpolitik hat sie auch das zunehmende Selbstbewußtsein der werktätigen Afrikaner in der RSA gezwungen, der immer heftigere Kampf der vom ANC (Afrikanischen Nationalkongreß) Südafrikas geführten Patrioten sowie der Druck der Apartheidgegner im weißen Clan. Unter den Weißen nimmt die Zahl derer, die für eine „Milderung“ der Apartheid sind, nach Maßgabe dessen zu, wie die Machthaber in der RSA einsehen, daß diese zweit-rangigen „Reformen“ in Wirklichkeit nichts an den gewohnten Zuständen ändern.

Aber noch immer haben im weißen Clan die Extremrechten oder, wie man sie in der RSA nennt, die Verkrampptes, die Reaktionäre, starke Positionen inne. Ihre Anführer — der schon erwähnte Treurnicht, der aus seinem Anhang eine neue Konservative Partei gemacht hat, Cornelius Mulder, der Führer der

Nationalen Konservativen Partei, Jaap Marais, der der faschistisch eingestellten Wiedergeborenen Nationalistischen Partei vorsteht, und noch andere Erzreaktionäre — sind überzeugt, daß selbst geringe Zugeständnisse der Weißen die Afrikaner nur zur Steigerung ihrer Forderungen und ihres Kampfes gegen die Apartheid ermutigen werden.

Wie man sieht, sind die Unterschiede zwischen den Verligtes und den Verkrampptes nicht allzugroß. Sie streiten ja nur um die Mittel zur Ausführung ein und derselben Politik. Beide wollen die Apartheid aufrechterhalten. Kein Wunder also, daß die Politik der Regierung durch den vielgepriesenen Ausschuß der Ultrarechten aus der Nationalistischen Partei nicht weniger rassistisch geworden ist. Sie wird es auch kaum werden.

Wie wenig sich die Differenzen in der herrschenden Spitzenschicht auf die Unterdrückungspolitik der Regierung ausgewirkt haben, ist an folgenden Beispielen zu erkennen.

Im Februar debattierte das Parlament

über eine Vorlage, die eine intensivere Bekämpfung des „Terrorismus“ (lies: Kampf der Afrikaner für ihre Rechte) betraf. Ihr zufolge kann jeder des Terrorismus angeklagt werden, der einem „Terroristen“ hilft oder seinen Verbleib geheimhält. Die Haftstrafe wird auf 25 Jahre verlängert. Nach dem neuen Gesetz darf ein Verhafteter 6 Monate ohne Prozeß in Gewahrsam gehalten und die Frist auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Nach einem neuen Gesetz ist das Abhören von Telefongesprächen und das Erbrechen von Briefen zulässig.

Es ist bezeichnend, daß dieses Gesetz erlassen wurde, einige Tage, nachdem der bekannte Gewerkschafter Dr. Neil Aggett im Gefängnis ermordet worden war. Die Gefängnisleitung gab an, er habe sich erhängt. Das ist die übliche Formel, wenn ein Häftling den Foltern erliegt. Das Verbrechen löste in der ganzen Welt einen Sturm der Entrüstung aus. Ungehalten war auch ein Teil des weißen Clans, denn Dr. Aggett war ja ein Weißer, „der erste Weiße, der in Haft ohne Prozeß gestorben ist“, wie westliche Presseagenturen feststell-

für eine Fassadenreparatur der Apartheid trug, fand das ein Echo auch in Namibia. Die DTA verkündete fast die „Aufhebung der Rassensegregation“. So sollte offenkundig bei den afrikanischen Massen Sympathiekapital für die bevorstehenden Konstituierendewahlen herausgeschlagen werden. Doch sobald Botha mit seinen Reformplänen auf dem Bauch gelandet war, entstand in Namibia unter den Weißen ebenfalls eine starke Bewegung gegen jegliche Zugeständnisse an die Schwarzen. Infolgedessen blieben auch in Namibia die Reformpläne praktisch auf dem Papier. Die Führer der „afrikanischen Parteien“, welche sich nicht mit der DTA, die jeglichen Einfluß unter den künftigen afrikanischen Wählern verloren hat, lieren wollten, beschlossen, mit dieser Organisation zu brechen.

In dieser komplizierten Lage schlug die SWAPO im März d. J. die Einberufung einer Konferenz vor, an der ihre Delegierte und RSA-Vertreter teilnehmen sollten. Auf einer solchen Konferenz könnten zugleich alle Streitfragen in Sondergruppen oder -ausschüssen erörtert werden. Das könnte eine Lösung des Gesamtproblems beschleunigen. Doch die „Kontaktgruppe“ und die RSA wiesen den SWAPO-Vorschlag zurück und bremsen nach wie vor die Entkolonisierung Namibias.

ten. Sein Tod zeigte, daß das Apartheidsystem jeden niederwalzen kann, der sich ihm entgegenstellt.

Als sich die Verlichtes mit den Verkrampften auf dem Kongreß in Transvaal in die Haare kriegten, warfen RSA-Flugzeuge Bomben auf Dörfer Angolas ab. Botha streifte vorübergehend die „liberale“ Maske ab und drohte, er werde mit den „SWAPO-Terroristen“ aufräumen.

Ende März wurde noch ein Gesetz verabschiedet. Die „Liberale“ hatten beschlossen, die Streikkräfte zu verstärken. Botha erklärte stolz, jetzt könne man, falls nötig, 800 000 Mann unter Waffen stellen.

Schon diese wenigen Tatsachen überzeugen einen davon, daß Pretoria seinen rassistischen Kurs halten will. Die Gesellschaft der RSA braucht aber keine nur kosmetischen „Reformen“, wie Botha sie ausgeheckt hat, sondern radikale Wandlungen. Die Zeit halb-schlächterer Entscheidungen läuft in der RSA schon ab.

EINE KLEINSTADT IN DER DDR

Von unseren Sonderberichterstattern
Irina TROFIMOWA und Michail PODWIGIN

„Warum haben Sie sich gerade unser Städtchen ausgesucht?“ fragt uns ein wenig verwundert Herr Peter Wittmann.

Was sich der Bürgermeister von Burg dabei denkt, ist begreiflich. Es gibt in der DDR ja eine reiche Auswahl an interessanten Routen, Städte mit großen revolutionären Traditionen, einer mächtigen Industrie und einmaligen Kunstsammlungen.

Und Burg? Die Stadt scheint nichts besonderes zu haben. Sie liegt mitten im Land, nordöstlich von Magdeburg und östlich der Elbe und hat 28 000 Einwohner.

Aber jede Stadt, ist sie auch noch so klein, hat etwas Eigenes, Interessantes. Zudem wohnt etwa ein Viertel der Bevölkerung der DDR in Städten mit höchstens 50 000 Einwohnern. Auf den Rat unserer Kollegen vom „horizont“ fuhren wir also nach Burg.

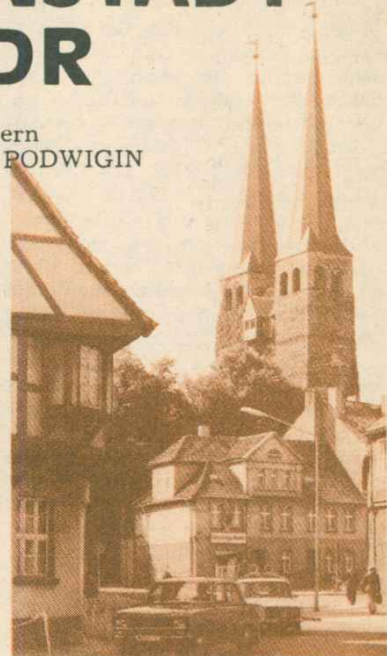
Gespräch mit dem Direktor

Obwohl die Stadt Burg heißt, ist da nicht einmal eine Spur von einer Burg vorhanden. Frühere Jahrhunderte haben anderes hinterlassen, z. B. die Überreste einer Festungsmauer mit einem etwas unheimlichen Hexenturm. Auch ein Hugenottenhaus steht noch, eine Erinnerung an die Zeit, als Menschen, die ihrem Glauben nicht untreu und keine Katholiken werden wollten, aus Frankreich hierher flohen. Wie aneinander geklebt stehen da schmalbrüstige Häuser mit nur zwei Fenstern in jedem Stockwerk. Einst wurden die Steuern nach der Fläche des Erdgeschosses angerechnet, und der berechnende Bürger baute in die Höhe.

Besonders schön sind die Fachwerkbauten, die dem Besucher sofort auffallen.

Solche Bauten sind in Quedlinburg, Wernigerode und anderen Städten in den Ausläufern des Harzes viel zahlreicher. Dort sind ganze Straßen mit Fachwerkhäusern erhalten geblieben. Viele werden restauriert, und dazu werden polnische Meister herangezogen, die für diese Kunst berühmt sind. In Burg stehen nicht viele Fachwerkbauten, und deshalb fallen sie besonders auf.

Die Straßennamen verraten, was die Bewohner früher betrieben. Da



Ein Winkel der Altstadt

gibt es eine Apfel-, eine Gladiolen-, eine Petersilienstraße usw. Die Weber, Gerber und Gärtner von Burg scheinen Humor gehabt zu haben. Ein Fachwerkhaus geht auf eine enge Gasse hinaus, die den Namen Breite Straße trägt. Wir kamen auch an einer Gaststätte vorbei, an deren Aushängeschild „Spatzenfalle“ stand.

Aus der Altstadt gelangt man in Straßen, die nach im Kampf gegen den Nazismus gefallenen deutschen Antifaschisten benannt sind. Hier sind die meisten Häuser erst unlängst gebaut worden. Rings um den Platz des Friedens ist ein ganz neues Viertel entstanden. Dahinter liegt noch ein Neubaugebiet, Burg-Süd. Aber auch die Altstadt wird erneuert. Auf dem Roland-Platz ist vor kurzem das schöne Hotel Stadt Burg gebaut worden. Von da ist es nur ein Katzensprung bis zur Schuhfabrik „Roter Stern“, die wir aufsuchen wollen.

Zu einem Jubiläum hat die Fabrik dreierlei Plaketten prägen lassen und händigt sie denen ein, denen der Betrieb seinen guten Namen verdankt. Auf der ersten ist das alte Wappen von Burg dargestellt. Es sind zwei Festungstürme und zwischen ihnen eine Mutter mit Kind als symbolische Verteidigerin der Stadt und ihrer Einwohner. Auf der zweiten ist ein Schusterjunge mit keck aufgesetzter Schirmmütze, langem Schurz und einem Paar Stiefel unterm Arm zu sehen. Die dritte zeigt den Backsteinbau der Schuh-

fabrik, genauer, des VEB „Roter Stern“.

Schuhe werden in Burg seit unvorstellbaren Zeiten angefertigt. Es sind schon mehr als 30 Jahre vergangen, seitdem sie ein volkseigener Betrieb ist. Sie ist fast genauso alt wie die Republik.

Die Schuhfabrik ist ein Dachbetrieb. Sie hat Zweigstellen in Rostok, Schwerin und anderen Städten und Flecken. Die meisten liegen auch im Bezirk Magdeburg. Ludwig Thal sagt, daß sie neue Betriebe möglichst in Kleinstädten mit agrarischem Einschlag bauen. Das trage dazu bei, das für die ganze DDR bestehende Problem der Arbeitskräfte zu lösen, einen Teil der Landbevölkerung zur Industrie heranzuziehen, den Teil, der mit zunehmender Arbeitsproduktivität in den landwirtschaftlichen Genossenschaften freigestellt wird.

Die Ansicht Thals scheint in der Republik von vielen, wenn nicht sogar von den meisten geteilt zu werden. Später machten wir einen Abstecher nach Gommern, einem ganz kleinen Ort mit 6500 Einwohnern. Dort ist aber der größte Betrieb der DDR für die Instandsetzung und teilweise für den Bau von Ausrüstungen für die Erdöl- und Gasindustrie gebaut worden. Von jeder Familie des Städtchens ist jetzt mindestens ein Mitglied in der Industrie beschäftigt. Für so einen Betrieb sind das aber noch zu wenige. Er wurde von Anfang an so gebaut, daß auch Leute aus den umliegenden Gemeinden für die Industrie gewonnen werden können. Wie mir Alteingesessene von Gommern erzählten, verändert sich das Städtchen zusehends. Häuser mit 1000 Wohnungen sind gebaut worden, ferner eine Berufsschule (in der sich jetzt übrigens auch Arbeiter aus dem demokratischen Jemen und aus Moçambique qualifizieren), eine Poliklinik, eine Kaufhalle und Sportanlagen. Die Landwirtschaft hat durch diese Veränderungen ebenfalls gewonnen. Die Fabrikarbeiter kümmern sich um die Landmaschinen und helfen bei der Ernte. Jedes Jahr wird im Februar eine Landwirtschaftskonferenz nach

Gommern einberufen, auf der Vertreter beider Wirtschaftszweige festlegen, wie sie in der kommenden Saison zusammenarbeiten werden.

Das Experiment, die Produktion durch Einbeziehung von Arbeitskräften aus Kleinstädten mit agrarischem Einschlag voranzubringen, ist auch bei der Schuhfabrik geglückt. Die Produktion ist gesteigert worden. Jetzt erzeugt die Fabrik in Burg mit ihren Zubringerbetrieben, wo insgesamt 2000 Personen beschäftigt sind, 3,2 Millionen Paar Damen- und Kinderschuhe im Jahr. Der „Rote Stern“ ist heutzutage die drittgrößte Schuhfabrik der DDR. Wie uns Direktor Thal erzählte, ist besonders viel nach 1971 geleistet worden, als die SED die Herstellung von Konsumgütern als eine erstrangige Aufgabe bezeichnete. Drei neue Fabriken sind entstanden, neue Verfahren eingeführt und eine dritte Schicht ist angesetzt worden.

Das mit der dritten Schicht habe der Betriebsleitung einiges Kopfzerbrechen gemacht, vor allem, weil die Belegschaft zu 80% aus Frauen besteht, sagt der Direktor. Viele Familien haben kleine Kinder. Das wird sowohl von der Gewerkschaft als auch von der Betriebsleitung berücksichtigt. Alle Anträge auf Kindergartenplätze konnten bewilligt werden. Außerdem dürfen Frauen, die zwei Kinder unter 16 Jahren haben, um eine Dreiviertelstunde früher als die anderen Belegschaftsmitglieder aufhören.

Während des Gesprächs mit Direktor Thal scheint Burg, dieses Städtchen abseits von den Brennpunkten Europas, zu wachsen. Er erzählte uns von den guten Beziehungen des „Roten Sterns“ zu verwandten Betrieben im sowjetischen Donezk, im polnischen Radom, in Budapest und in den tschechoslowakischen Städten Gottwaldov und Partizanske. Diese Geschäfts- und anderen Verbindungen fügen sich in das Gesamtbild der mannigfaltigen Zusam-

menarbeit der sozialistischen Länder ein.

Gespräch mit dem Bürgermeister

Es ist interessant, wie sich die volkswirtschaftlichen Probleme der ganzen Republik im Leben einer Kleinstadt widerspiegeln. Das Gespräch darüber setzen wir beim Rat der Stadt fort, wo Peter Wittmann uns mit seinem Stellvertreter, Fritz Schwarzlose, und dem Stadtrat Manfred Pohl bekannt gemacht hat.

In einer Ausgabe des „Neuen Deutschland“ wurde die Frage angeschnitten, daß Industrieroboter in großem Umfang verwendet werden sollen. Da hieß es, daß allein in den Betrieben des allgemeinen und des Landmaschinen- sowie des Automobilbaus bis 1985 über 5000 Roboter eingesetzt werden sollen. Das hängt mit dem Bestreben zusammen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, das Produktionsniveau zu heben und die Arbeitskräfte möglichst rationell zu verwenden.

Auch Burg hält sich von den Hauptrichtungen der industriellen Entwicklung nicht abseits. Da besteht ein Walzwerk, das nach Hermann Matern benannt ist, ein ziemlich großer Betrieb, der sich auf Qualitätsstahl spezialisiert hat. Peter Wittmann erzählt uns, daß dort der erste Industrieroboter von Burg arbeitet. Er greift ein Werkstück, bohrt es und legt es weg. Die kluge Maschine ersetzt zwei bis drei Arbeiter, die recht eintönige Arbeit zu leisten hatten.

Außer staatlichen Betrieben gibt es in der Stadt private Uhrmacher-, Schuster- und Schneiderwerkstätten, Wäschereien und Bäckereien. Auf Antrag der NDPD, einer der vier Parteien, die eng mit der SED zusammenarbeiten, verabschiedete die Volkskammer der DDR vor mehr als 30 Jahren ein Gesetz über die Förderung des Handwerks. Handwerker-genossenschaften erledigen in der DDR einen Teil der Hausinstandsetzungen und der Dienstleistungen.

Wir erkundigten uns, welchen Platz der Privatsektor einnimmt, und der Bürgermeister gab uns Zahlen. Im Kreis (Burg und noch zwei Städtchen sowie 42 Dörfer) gibt es 33 000 Beschäftigte. Von ihnen arbeiten 800 in Genossenschaften. Peter Wittmann lieferte einige Beispiele. Der größte Teil der Einwohnerschaft wird vom staatlichen Betrieb mit Brot und Backwaren beliefert. Sein Knäckebrötchen wird gern auch in anderen Städten der Republik gekauft. Außerdem bestehen 8 private Bäckereien. Sie backen größtenteils Torte, Kleingebäck und andere Kuchen. Neben dem staatlichen Dienstleistungsbetrieb, der 60–70 verschiedene Arbeiten ausführt, gibt es private Wäschereien, Reinigungsanstalten und Raumpflelegenossenschaften. Sie dürfen bis zu zehn Personen

Der Friedensplatz



anstellen. Meistens sind es zwei oder drei, ihre Tätigkeit wird besteuert.

Der Rat der Stadt benutzt auch andere Möglichkeiten zur Versorgung der Einwohnerschaft mit allem Notwendigen. So dürfen Verkaufsstellen bei den Mitgliedern von Gärtnereigenossenschaften Obst ankaufen. Die Menge ist nicht begrenzt, es dürfen zwei, fünf oder zehn Kilogramm sein. Fritz Schwarzlose sagt, daß man anfangs befürchtete, das Obst werde liegen bleiben, und mit einigen Verkaufsstellen vereinbarte, daß eine die Ware an eine andere abgeben kann. Dazu kam es aber gar nicht, alles fand Abnehmer.

Wie die Stadtväter sagen, ist ihre größte Sorge nach wie vor der Bau von Wohnhäusern, Schulen, Kaufhallen und Sportanlagen. Seit 1971, d. h. seit dem VIII. SED-Parteitag, der besonders auf die Notwendigkeit hinwies, den Lebensstandard der Werktätigen zu heben, sind in Burg-Süd Häuser mit 1300 Wohnungen gebaut worden. Auch im zweiten Wohngebiet kommen neue Blocks hinzu. In der gleichen Zeit sind 3 neue Schulen und ein Sportzentrum entstanden, ebenso 199 Eigenheime. Das alles ist noch zu wenig. Die

Einwohnerschaft wächst. Man hat aber Reserven gefunden.

Einen Teil des Geldes für die städtischen Bauarbeiten gibt der Staat, einen anderen geben die Betriebe. So baute man das Hermann-Matern-Haus, das Hotel Stadt Burg, ein Schwimmbassin und mehrere Kaufhallen. Für das Schwimmbassin gab der Staat z. B. 500 000 Mark, und die Betriebe gaben 3,5 Millionen dazu. Ohne Diskussion, bei der es manchmal heiß herging, ist es allerdings nicht abgegangen. Die Betriebe finden das Geld ja auch nicht auf der Straße. Für jede Summe findet sich eine nützliche Verwendung. Aber schließlich decken sich ja die Interessen der Stadt und ihrer Einwohner mit denen der Betriebsarbeiter.

Man könnte meinen, daß bei den beschränkten finanziellen Möglichkeiten ein Sportzentrum oder ein Schwimmbecken Luxus seien. Dagegen macht Manfred Pohl entschiedene Einwände, und nicht nur, weil er für Kultur und Freizeitgestaltung zuständig ist. Wenn sich die Stadtväter mit wichtigen Angelegenheiten befassen, so denken sie auch an die Zukunft Burgs, daran, wie dessen Einwohner leben und wie sie sein werden.

Wahrscheinlich deshalb widmet der Stadtrat den jungen Einwohnern von Burg so viel Zeit. In der Stadt bestehen fünf Jugendklubs, Sportriegen, eine Gruppe junger Techniker und eine Gruppe junger Naturfreunde. Oft werden Tanzabende veranstaltet. Pohl klagt, daß schwer Räumlichkeiten zu finden sind. Er überredet die Leitung bald einer, bald der anderen Gaststätte, ihren Saal für den Abend zur Verfügung zu stellen, wenn das auch weniger einbringt. Auch Betriebe und Institutionen werden daraufhin angesprochen. Jetzt nimmt man die Veranstaltung von Tanzabenden in Burg ernst. Daran beteiligen sich nicht nur die FDJ, sondern auch der Stadtrat, Handelsunternehmen und sogar das Volkspolizeikreisamt. Sie haben darüber eine spezielle Abmachung getroffen.

Peter Wittmann hat sich also umsonst gewundert, daß wir ausgerechnet nach Burg gekommen sind.

Vor unserer Abreise nach Berlin waren wir noch im Hermann-Matern-Haus. Die hier zusammengetragenen Dokumente und Fotos geben ein Bild von diesem Kommunisten, der sich ganz dem Kampf für ein

DAS POLITISCHE BUCH

VOR DEM ENDE

Das neue Buch von Dr. der Geschichtswissenschaften German Rosanow* umfaßt die Zeit von Sommer 1944 bis Ende Mai 1945. Darin wird geschildert, wie die sowjetischen Diplomaten die Versuche der Nazis vereitelten, hinter dem Rücken der UdSSR eine Separatabmachung mit den USA und mit England zu erreichen und die Anti-Hitlerkoalition auf diese Weise zu spalten. Der Buchverfasser bringt Licht in kaum bekannte Kapitel aus der Geheimdiplomatie, die die Nazis vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches betrieben. Diese im publizistischen Stil gehaltene geschichtliche Studie beruht auf reichhaltigem Material aus Archiven, auf Erinnerungen und Aussagen von Beteiligten und Augenzeugen der geschilderten Vorgänge.

Die diplomatischen Gefechte wurden während der fortdauernden Kampfhand-

lungen ausgefragt. Sowjetische Truppenteile kamen Berlin immer näher, und das unausbleibliche Ende des Faschismus zeichnete sich immer deutlicher ab. Der Plan, Europa und die Welt durch den Krieg umzumodeln, scheiterte, die Hitlerkoalition zerfiel. Hitlers Nachtrag klammerte sich krampfhaft an die unerfüllbare Hoffnung, durch eine Einigung mit den reaktionären Kreisen der USA und Großbritanniens ans Ziel zu kommen.

Dr. Rosanow rekonstruiert genau die diplomatischen Schliche der Nazis, er untersucht den Sinn der Angebote und Denkschriften, die sie an die USA und England richteten. Er weist überzeugend nach, daß Hitlers Diplomaten alle diese Schritte mit Wissen des „Führers“ unternahmen. Letztlich bekannt gewordene Geheimdokumente des Dritten Reiches zeugen davon, daß ein ganzes Programm außenpolitischer Aktionen der Nazis für die letzten Monate des untergehenden Regimes vorlag. In dem



Buch werden die bürgerlichen Theorien widerlegt, mit denen die Nazidiplomatie weißgewaschen werden soll. Der Verfasser konnte die Fotokopie einer „Denkschrift Ribbentrops“ einsehen. Er vergleicht ihren Inhalt mit anderen Demarchen des Naziregimes und kommt zu dem Schluß, daß ihnen allen — der „Mission Wolffs“, den Verhandlungen zwischen Himmler und Bernadotte usw. — gerade diese Denkschrift zugrunde gelegen hat, in der die Nazikamarille die Westmächte mit der „kommunistischen Gefahr“ zu schrecken suchte.

Die Alliierten nahmen unter dem Druck der reaktionären Kreise Kontakt mit Vertretern dieser Kamarilla auf, was ein gröblicher Verstoß gegen das 1941 unterzeichnete Abkommen über das Verhalten im Falle sondierender Friedensangebote von feindlichen Staaten war. Sie wollten verhindern, daß die Völker Europas in den Genuß der Früchte des Sieges kämen und die Sowjetarmee ihre Befreierrmission erfülle. Sie wollten in den Staaten Europas reaktionäre Regimes aufrechterhalten. Doch der energische Vorstoß der sowjetischen Truppen nach Berlin und die grundsätzliche Haltung der sowjetischen Führung zwangen die Alliierten, auf eine Separatabmachung mit den Nazis zu verzichten.

Das vorliegende Buch ist äußerst aktuell. Die Versuche, die Geschichte in ihrem unerbittlichen Lauf aufzuhalten und den Kommunismus selbst um de-

* Г. Л. Розанов. Уже не секретно. М., Политиздат, 1981.

glückliches Dasein seines Volkes geweiht hatte. Wir sahen Fotos: Sein schon auffälliges Geburtshaus in Burg; er selbst in jungen Jahren im Kreise von Genossen, mit denen er die Schwierigkeiten der illegalen Arbeit teilte; das Gefängnis, in das ihn die Gestapo warf und aus dem er ausbrach.

Da ist auch ein Foto, auf dem das von der englischen und amerikanischen Luftwaffe zerstörte Dresden zu sehen ist, wo die Sowjetarmee und eine Gruppe Bevollmächtigter des ZK der KPD, zu der auch Matern gehörte, im Mai 1945, gleich nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, darangingen, das Leben neu zu gestalten.

In Burg ehrt man das Andenken an Hermann Matern und hat seine Worte nicht vergessen:

„Es gibt nichts Schöneres, es gibt nichts Edleres, es gibt nichts Höheres, als für den Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen.“

Burg—Berlin—Moskau

Preis einer Abmachung mit den Nazis einzudämmen“, lassen die Keimform heutiger Anstrengungen der Weltreaktion erkennen. Hier ein ganz typisches Beispiel. Unter denen, die mit den Nazis die „technischen Einzelheiten der Abmachung“ absprechen sollten, war ein stellvertretender Stabschef der 5. amerikanischen Armee, Generalmajor Lyman Lemnitzer. Von 1962 bis 1968 war derselbe Lemnitzer Chef der NATO-Truppen, und jetzt ist er ein Führer des extrem rechten militaristischen „Komitees für die bestehende Gefahr“. Eine logische Entwicklung. Oder folgendes Detail: Als Allen Dulles die provokanten Angebote der Nazis entgegennahm, gab er ihnen eine noch krassere antisowjetische Ausrichtung.

Eine Lehre des zweiten Weltkriegs besagt, wovon auch das Buch von Dr. Rosanow zeugt, daß es im vornehmsten Interesse einer Erhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker liegt, daß die führenden Kreise des Westens auf die provokanten antisowjetischen Ränke der Reaktion nicht hereinfallen. Die Beziehungen zur UdSSR und ihren Bündnispartnern müssen auf gegenseitiger Achtung ihrer Interessen und auf gleicher Sicherheit beider Seiten und auf unbedingter Erfüllung der geschlossenen Verträge und übernommenen Verpflichtungen fußen.

D. POGORSHELSKI

NACH EIGENER UHR

Boris PILAZKIN

Wenn man auf dem Luftweg über das Meer kommt und die Silhouette der wichtigsten von den Seychellen, Mahés, in Sicht kommt und wenn das Flugzeug schließlich auf der zwischen Bergen und dem Ufer eingezwängten Piste zum Landen ansetzt, muß man daran denken, daß das Land vor verhältnismäßig kurzer Zeit diesen Flughafen noch nicht hatte. Der internationale Flughafen Point Larue auf einem dem Meer abgerungenen Landstreifen hat der Weltabgeschiedenheit der Inseln mit einem Schlage ein Ende bereitet. Vor seinem Bau kamen höchstens 50 Touristen im Jahr hin.

Obwohl die Inselgruppe wahrscheinlich schon im 10. Jahrhundert von arabischen Seefahrern, von Persern und Indern angelaufen wurde, blieb sie bis 1770, als 15 französische Kolonisten gemeinsam mit afrikanischen Sklaven auf St. Anne landeten, unbewohnt. Von diesen Menschen stammen die jetzt 63 000 Bewohner ab (die Republik Seychellen hat ein Gesamtareal von 405 km²).

Während der napoleonischen Kriege und der Rivalität Frankreichs und Englands zur See gingen Mahé und die kleineren Inseln von einer Hand in die andere über, bis sie 1814 für mehr als 160 Jahre unter britische Herrschaft kamen. Aber auch nach der Ausrufung der Unabhängigkeit im Juni 1976 änderte sich nicht viel am Leben des Volkes: Die Engländer setzten „ihren Mann“ James Mancham ins Schloß des Präsidenten, und erst die Revolution vom 5. Juni 1977 schlug in der Geschichte der Inselrepublik wirklich eine neue Seite auf.

Leitungsdrähte im Palmenwald

Die Seychellen haben unter den mehr als 100 Inseln des Archipels, unter denen auch unbewohnte sind, ihren eigenen Maßstab. Praslin ist mit 45 km² die zweitgrößte, aber trotzdem weltbekannt, denn dort gibt es den einzigen Kokospalmenwald, der auf Erden erhalten geblieben ist.

Einst dachte man, die dortigen Kokosnüsse wüchsen am Meeres-



grund und schwammen, reif geworden, auf den Wellen. Für die exotischen Früchte, die einem weiblichen Torso ähneln, wurde ein Heidengeld gezahlt, weil ihr Genuß angeblich ewig jung erhält.

Erst gegen Mitte des 18. Jahrhunderts wurde das Rätsel dieser Nüsse gelöst. Der französische Kolonialbeamte de Barré forschte auf Praslin und erblickte die „Seenüsse“ auf Bäumen. Er nahm einige nach Mauritius mit und gab so den Auftakt zur Plünderung der seltenen Früchte. Unter den Engländern kauften unternehmende Touristen welche für einen Pappenstiel auf, und der Baumbestand begann allmählich einzugehen.

Nach dem Sturz des neokolonialistischen Regimes traf die Regierung Maßnahmen zu seiner Erhaltung. Jetzt dürfen Besucher hier nur mit der Foto- oder Filmkamera umherstreifen. Jeder Kauf und Verkauf ist streng verboten, und Liebhaber von Andenken können auf der Hauptstraße von Victoria, der Hauptstadt, bei Handwerkern für 600 Rupien (5,85 Rupien=1 US-Dollar) eine polierte „Seenuß“ kaufen. Die Handwerker müssen eine staatliche Lizenz haben und dem Käufer mit jeder Nuß eine gedruckte Ausfuhrlizenz einhändigen.

Meine Führerin auf Praslin war Frau Christy Fred. Sie ist 42 Jahre Schullehrerin und kennt buchstäblich jeden Bewohner („das waren alles meine Schüler“, sagt sie stolz). Und jeder kennt sie. Wie angesehen sie ist, zeigt die Tatsache, daß sie in die Volksversammlung der Republik gewählt wurde.

Sie zeigte mir die exotische Insel und erzählte mir vor allem, was die Revolution den Bürgern der Seych-

len gebracht hat. Früher bestand auf Praslin nur eine Schule, jetzt sind es drei. Sie werden von 1000 Kindern, 20% der Bevölkerung, besucht. Voriges Jahr bekamen die Hütten der Kreolen zum ersten Mal elektrisches Licht. Nach dem sozialen Wirtschaftsplan sind Wohnhäuser gebaut worden und werden immer neue gebaut. Auch sind eine Poliklinik und vier Kindergärten eröffnet worden. Vom Flugplatz aus wird eine Chaussee quer über die Insel gelegt. Schon liegt ein Projekt für einen Stausee vor, der die Bewohner das ganze Jahr über mit Süßwasser versorgen wird.

Praslin lebte immer von Nahrungsmitteln von Mahé. Jetzt hat man begonnen, Gemüse anzubauen, und gibt sogar noch welches dorthin ab. In einem Jahrzehnt die Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln zu erreichen — das ist eine Hauptaufgabe, die die Fortschrittliche Volksfront der Seychellen stellt.

Heute und morgen

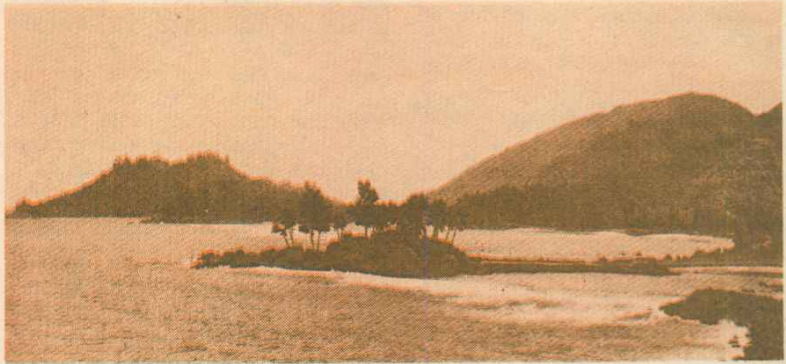
„Das Jahr 1982 ist bei uns zum Jahr der Landwirtschaft erklärt worden“, sagte mir Maxime Ferrari, der Minister für Planung und Entwicklung. „Dank dem guten Klima und fruchtbaren Boden kann man bei uns nicht nur reiche Ernten an Obst und Gemüse erzielen, sondern auch an Bataten, Kassava und noch anderen Pflanzen, die Reis und Getreide ersetzen können. Vorläufig sind aber nur 20% des Bodens bestellt. Wir haben also eine Reserve für die Bildung neuer Staatsgüter und Agrargenossenschaften, für die Ausdehnung der Tee-, Zimt- und natürlich der Kokospalmpflanzungen, so daß wir imstande sein werden, unseren herkömmlichen Kopraexport zu steigern.“

Gerade in jenen Tagen berichtete die „Nation“, eins der größten Blätter, daß in dem Gebirgsfleckchen Barons auf Mahé eine Kokospalmpflanzung angelegt worden ist. Man hat 800 Hybridenpflänzlinge aus Benin bekommen. Sie tragen drei Jahre früher und mehr Früchte als die einheimischen Sorten. Bei den beiden unter der Volksmacht eingerichteten Forschungslaboratorien und auf den Feldern der Versuchstation Grand Anse an der Westküste von Mahé werden sehr ertragreiche Gemüse-, Obst- und Hackfruchtsorten gezogen. Von diesem Jahr an bekommen die Bauern kostenlos Saatgut und Setzlinge geliefert.

Aber kehren wir ins Arbeitszimmer des Ministers zurück. Er sagt: „Außer der Agrarproduktion wollen wir auch die Fischerei und den Bau mittlerer und kleiner Betriebe

voranbringen. Wir finden, die Resultate sind ganz ansehnlich. Die Schaffung einer eigenen Fischereiflotte hat es uns ermöglicht, den Fischexport zu vereinfachen.“

Jetzt wird auf den Seychellen mit dem Abbau von Granit begonnen (ein Teil der Inseln ist aus Korallen entstanden, aber etwa 40 ruhen auf Granit). Vorläufig wird er in Italien geschliffen, aber der Bau eigener Schleifereien ist geplant, so daß man imstande sein wird, Fertigerzeugnisse zu exportieren.



Die Lagunen der Seychellen sind malerisch

Die berühmte „Seekokosnuß“

Die Schwierigkeit besteht darin, daß das Land nur beschränkte Investitionsmöglichkeiten hat. Im Lande selbst können nur 15% der nötigen Mittel aufgebracht werden, der Rest aber durch Anleihen und Projekte im Rahmen einer Hilfe. Aber auch dabei bemüht sich die Regierung, im nationalen Interesse, die Wirtschaftszweige zu fördern, mit deren Hilfe der Lebensstandard der Werktätigen gehoben werden kann. „Sehen Sie“, sagt der Minister und fordert mich auf, ans Fenster zu treten.

Ich erinnere mich, daß da vor einem Jahr ein Chaos halbverfallener Hütten aus Sperrholz und Blech mit Dächern aus Palmwedeln zu sehen war. Jetzt ist dort ein ebener Platz. Der Minister sagt:

„Bald werden wir hier Häuser bauen. Voriges Jahr wurde der Wohnungsbauplan der Republik um 35% überboten und wurden 700 Häuser gebaut, größtenteils für geringbesoldete Werktätige.“

Zur Lösung der Wohnungsfrage trägt auch eine Reform bei, die seit dem 1. Februar d. J. läuft. Leute, die Häuser auf fremden Privatgrundstücken haben, und solche, die fünf Jahre oder länger eine Wohnung oder ein Haus gepachtet haben, können sie mit staatlicher finanzieller Hilfe kaufen. Diese zusätzlichen Ausgaben

fallen der Republik allerdings nicht leicht.

Das Lager Port Launay

Auf den Seychellen trifft man überall Jungen und Mädchen in blauer, grüner oder gelber Schulkleidung mit akkurat gebundenen Pionierhalstüchern. Früher durften die Kinder nur außerhalb der Schule ihre kreolische Muttersprache gebrauchen, sie war unter den britischen Kolonialisten verpönt. Jetzt steht der kreolische Sprachunter-



richt auf dem Lehrplan und ist Pflichtfach.

Ich war im Jugendlager in der Bucht Port Launay. Dort ist auf Grund und Boden, dessen Besitzer ausgekauft worden sind, ein Städtchen entstanden, das im Januar seinen ersten Gründungstag gefeiert hat. Im Rahmen eines nationalen Jugenddienstes lernen dort rund 800 Jungen und Mädchen im Alter von 15–17 Jahren. Der Zweck dieser nationalen Einrichtung ist in einem Heftchen dargelegt, zu dem der Präsident der Republik, France Albert René, das Vorwort geschrieben hat. Nach der Grundschule sollen die Schüler nicht nur ihre allgemeinen Kenntnisse ver-

vollständigen, sondern auch politische Grundkenntnisse und Sozialwissenschaften erlernen, vor allem die Geschichte des eigenen Landes und die Probleme des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus. Der Präsident betont, daß die Jungen und Mädchen gerade in der Gemeinschaft ihre Neigungen zum Sport, zur Musik und zu den angewandten Künsten an den Tag legen und fördern können.

Als ich mit einem Instrukteur des Ministeriums für Jugendangelegenheiten und soziale Zentren in das Lager kam, war der Unterricht in den Klassen fast zu Ende. Ein Diensthabender führte uns durch die sorgfältig aufgeräumten Heime, er zeigte uns die Bibliothek und die Kantine. Abends verspei-

ernnert, als ausländische Söldner plötzlich den Flugplatz besetzten. Die Vorgänge bei diesem Abenteuer, das dank dem entschlossenen Vorgehen von Truppen der Nationalen Sicherheitsarmee (so heißt die junge Armee des Landes) schmachlich gescheitert ist, sind zur Genüge bekannt. Ich aber wollte Einzelheiten aus erster Hand wissen.

Im Gewahrsam des Polizeipräsidiums von Victoria sitzen zur Zeit bis zum Prozeß sieben auf frischer Tat erappte Agenten. Sechs von ihnen gehörten zu einer Agentengruppe, die eine Invasion vorbereitete. Einer, Jeremiah Cornelius Puren, war zusammen mit Michael Hoare und anderen Banditen in einer Maschine der Luftfahrtgesellschaft von Swasiland gekommen und hatte es nicht mehr geschafft, sich davonzumachen.

Ebenso wie Hoare hatte sich auch Puren schon vor 20 Jahren im Kongo (dem jetzigen Zaïre) in Verruf gebracht, als dieses zu einem afrikanischen Versuchsgelände für einen bunt zusammengewürfelten Söldnerhaufen gemacht wurde. Mit dessen Hilfe wollte der Westen die junge Republik zugrunde richten und ihren Führer, Patrice Lumumba, aus dem Weg schaffen. Damals war der Name Puren oft in Reportagen zu lesen. Auch der

Schreiber dieser Zeilen erwähnte ihn, ohne zu ahnen, daß er den gewiegten Söldnerprofi auf einer Insel im Indik einmal sehen und sogar sprechen würde.

Man sagte ihm nicht, wer und woher ich bin, sondern forderte ihn nur auf, meine Fragen zu beantworten. In den Raum für Besuche wurde ein hagerer Mann mit rundem Rücken, einem kurz gestutzten Schnurrbart und einem wirren grauen Haarkranz um die Glatze geführt. Hätte ich nicht gewußt, daß ich einen „Glücksritter“ vor mir hatte, so hätte ich ihn durchaus für einen Arzt oder Musiker halten können, und ich sagte es.

„Stimmt schon, ich liebe die Musik“, versetzte er, „besonders traurige, sagen wir Grieg und Saint-Saëns. Stücke von denen habe ich sogar mal selber auf der Geige gespielt.“

„Sie sind ja gefühlvoll.“

„Ja, ja.“ Er hat meine Ironie nicht begriffen, dieser „Intellektuelle“, den Moise Tshombe in Katanga zu seinem Berater machte. Das war

eine Sternstunde für den südafrikanischen Piloten, der, bevor er Söldner wurde, bei der britischen Luftwaffe gedient hatte. Tshombe nannte ihn einfach Jerry und beförderte den Hauptmann direkt zum Obersten.

Weiter erzählt er aus seinen Erinnerungen, wie ein englischer Pilot, auch ein Söldner, den schon halbtot geschlagenen Patrice Lumumba mit dem Flugzeug nach Elisabethville beförderte. Da scheint ihm aber einzufallen, daß er zuviel gesagt hatte, und fügt hastig hinzu:

„Ich persönlich hatte keine Schuld daran. Das war Befehl.“

Genau das, was die Naziverbrecher vorschützten, wenn sie Rede und Antwort stehen mußten. Übrigens war einer von ihnen, der Kongo-Müller, mit dem berühmten Kommando Nr. 5, das Tod und Verderben säte, seinerzeit auch in dem schwergeprüften Kongo. Als ich Müller erwähne, leuchten Purens Augen auf:

„Ein Prachtkerl!“

„Wo ist er jetzt?“

„Irgendwo in der RSA.“

Dabei zieht der katangische „Oberst“ auf einmal den Kopf ein, weil ihm anscheinend aufgegangen ist, daß wir gleich von vergangenen auf jetzige Dinge zu sprechen kommen werden, auf die Zeit, als er, von seinem alten Freund Hoare eingeladen, sein Heim in Durban verließ, um ein Geschäft zu machen, das ihm Tausende Dollar und Urlaub an einem sonnigen Strand der Seychellen verhieß — selbstverständlich nach der „Operation“. So nannten die Söldner unter sich den geplanten Sturz der Regierung der Seychellen und die Wiedereinsetzung des südafrikanischen Agenten Mancham, der im Londoner Hauptquartier der Emigranten schon beizeiten einen Siegesappell an die Bevölkerung auf Tonband gesprochen hatte.

Und nun ist Puren wie ausgewechselt. Eben noch hat er unzählige Einzelheiten — Daten, Personen-, Städte- und Hotelnamen von damals — wie aus dem Ärmel geschüttelt, auf einmal tut er, als habe er die Landung auf dem Flugplatz von Victoria glatt vergessen, und überhaupt sei die Geschichte nicht der Rede wert. Die Waffen seien veraltet gewesen, Instruktionen hätten sie keine bekommen, und er persönlich habe sich aus reiner Gutmütigkeit auf die Sache eingelassen, er habe nicht nein sagen können, als ihn die seychelischen Emigranten, mit denen er befreundet war, darum baten.

Über die zusammengetragenen Beweise wird das Gericht befinden. Aber schon jetzt ist klar: Die Lan-



Auf einer Straße von Victoria

Fotos des Verfassers

sten alle mit Appetit den von jungen Köchen zubereiteten Fisch. Port Launay versorgt sich fast selbst. Die Insassen waschen und kochen selbst, sie bauen selbst Gemüse an.

Zum nationalen Jugenddienst meldet man sich freiwillig. Wie man mir sagte, gibt es mehr Anwärter für Port Launay als freie Plätze. Das ist bemerkenswert, denn Elemente, die der neuen Ordnung feindlich gegenüberstehen, haben wütend dagegen gehetzt, daß Eltern ihre Kinder ins Lager schicken. Konterrevolutionäre haben sogar in Victoria Straßenunruhen angestiftet und zu Raub und Gewalt aufgeputscht. Das Weitere hat gezeigt, daß diese Ausschreitungen zu einem detailliert geplanten Komplott gegen die Regierung gehörten.

Was Jerry Puren verschwie

Flickten frischen Putzes an Wänden und Decke des Flughafens sind alles, was an die tragischen Geschehnisse vom 25. November v. J.

dung wurde von langer Hand vorbereitet, und recht sorgfältig, was Puren auch immer sagen mag. Nicht von ungefähr waren Hoare, Puren und der auf den Seychellen festgenommene Martin Dolincheck, ein Kaderoffizier des RSA-Geheimdienstes, in den letzten Monaten mehrmals per Flugzeug nach Victoria gekommen und hatten die Situation sondiert. Eine gewisse Mrs. Susan Ingles aus der RSA hatte in einem beizeiten gemieteten luxuriösen Haus im Bezirk La Misère bei Victoria ein geheimes Waffenlager angelegt und erwartete zusammen mit ihrem angeblichen Freund Robert Sims (der auch festgenommen wurde) die Söldner. Übrigens ist Sims ein Vetter von Hoare. Eine feine Familie!

Trotz allem optimistisch

Zwar hat die Spannung der ersten Wochen nach den Vorgängen vom 25. November nachgelassen und ist die Polizeistunde aufgehoben worden (sie galt nur an der Küste und von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh), aber die Folgen der Söldneraktion machen sich im Lande noch immer fühlbar. Es wird nicht nur Zeit, sondern auch Geld kosten, sie zu beheben. Wie errechnet worden ist, wird allein die Instandsetzung des Flugplatzes (außer dem Gebäude hat der Kontrollturm gelitten) über 8 Mio Rupien kosten. Der Gesamtschaden aber beträgt 109,3 Mio, die Verluste aus dem verringerten Fremdenverkehr mitgerechnet. Dieser bildet noch immer den Kern der Wirtschaft und den größten Etatposten.

Eines Tages wurden die Straßen von Victoria illuminiert und überall Spruchbänder mit Begrüßungen angebracht. Eine internationale Fremdenverkehrswoche sollte die Seychellen ins Blickfeld ausländischer Reisegesellschaften rücken. Die Schönheiten der Seychellen mit ihren strahlend blauen Lagunen und herrlichen Badestränden, ihrer einzigartigen Flora und dem ersten „Unterwasser-Nationalpark“ im Indik sind aber ohnehin sehr bekannt. Laut Statistik haben sie jedes Jahr mehr Besucher als Bewohner. Die Werbung scheint also überflüssig zu sein.

Leider sind aber auch die Seychellen nicht gegen Gebrechen der kapitalistischen Welt wie das Valutafieber und die Inflation gefeit. Dieser Umstand wie auch die Labilität der internationalen Lage wirken sich auf den Fremdenverkehr aus. Nach den Explosionen und MPi-Salven im Flughafen der Seychellen und in seiner Umgebung aber strichen zahlreiche ausländi-

sche Touristen ihre Buchungen von Hotelzimmern. Im Dezember v. J. allein verlor die Staatskasse 13 Mio Rupien. Jetzt wird es allmählich besser, aber bis zum Höhepunkt ist es noch weit.

„Trotz der Schwierigkeiten sind wir optimistisch“, begann Außenminister Jacques Hodoul unser Gespräch. „Wie man so sagt, hat alles sein Gutes. In schwerer Stunde hat unser Volk die Freundschaft und Solidarität erst so recht schätzen können, die man uns in verschiedenen Ländern bewiesen hat.“

Zu diesen zählt Präsident Albert René in erster Linie die UdSSR.

„Ich möchte sagen“, fährt der Minister fort, „daß die Beziehungen zwischen unseren Staaten auf völliger Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung beruhen. Sie sind sehr gut. Wir sehen sie als vorbildlich an. Gewissen Leuten im Westen paßt das nicht, dort werden Unterstellungen verbreitet, z. B. wenn wir in der UNO den gleichen Standpunkt wie die UdSSR zur afghanischen Frage und zu anderen internationalen Problemen einnehmen. Wir tun es aber nach eigener Überlegung und eigener Auffassung von der Sachlage in der Welt, wo sich der Imperialismus andauernd in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt und ihnen diktieren will, was für eine Politik sie betreiben sollen.“

Ein Beispiel dafür ist das Komplott gegen unsere Republik. Wir treten gegen das Wetrüsten und die Militärstützpunkte in fremden Gebieten auf und stimmen rückhaltlos dem Gedanken zu, daß der Indik zur Friedenszone erklärt wird. Deshalb ist unser Staat dem rassistischen Regime in der RSA und ihren Schutzpatronen ein Dorn im Auge. Die Vorfälle im Flughafen Victoria sind eigentlich nur ein Abklatsch der Terrorakte der RSA gegen Angola, Moçambique, Simbabwe und Sambia. Pretoria betrachtet unsere Republik als „Frontstaat“. Wir aber sind entschlossen, auch weiter alles zu tun, um die Revolution zu schützen.“

An der wichtigsten Straßenkreuzung von Victoria steht ein origineller Uhrturm, eine verkleinerte Nachbildung desjenigen in der Nähe des Londoner Victoria-Bahnhofs. Jahrzehntlang zeigte die Uhr symbolisch an, nach welcher Uhr die Seychellen zu leben hätten. Jetzt lebt die junge Inselrepublik nach ihrer eigenen Uhr. Eine ständige Erinnerung daran ist das neue Monument, das am Hafen zu Ehren des Siegs der Revolution vom 5. Juni 1977 errichtet worden ist.



Im Zusammenhang mit der israelischen Annexion der syrischen Golan-Höhen tauchten in der Presse Meldungen über Repressalien der Besatzungsbehörden gegen die dort lebenden Drusen auf. Berichten Sie bitte kurz über die Drusen.

M. TSCHISHOW
Ischewsk, RSFSR

Die Drusen sind eine religiöse Sekte mit ca. einer halben Million Anhänger. Sie leben hauptsächlich auf dem Territorium Libanons und Syriens und eine relativ geringe Zahl in Israel. Der Name der Sekte stammt vom Propheten Darazi, der sie im 11. Jh. gründete.

Zusammen mit anderen Gruppen beteiligten sich die Drusen aktiv am Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Bekannt sind ihre Aktionen gegen das osmanische Joch in der zweiten Hälfte des 19. Jh. Ihr Siedlungsgebiet in Syrien, Dschebel-Druze, wurde zum Zentrum des Widerstands unter der französischen Mandatsverwaltung in den Jahren 1925–1927. Die Drusen nahmen aktiv am antiimperialistischen Aufstand in Libanon im Sommer 1958 teil.

Viele Drusen lebten auf den Golan-Höhen. Nach der Besetzung durch Israel im Jahre 1967 siedelten die meisten in andere Teile Syriens um. Die auf den Golan-Höhen verbliebenen Drusen (etwa 13 000) sind Repressalien seitens der israelischen Behörden ausgesetzt, besonders nach der Annexion dieses Gebiets durch die Zionisten im Dezember 1981. Die Besatzer nehmen ihnen gewaltsam die syrischen Personalausweise ab und versuchen, ihnen israelische Kennkarten aufzuzwingen.

Nach der Annexion veranstalteten die Drusen Protestdemonstrationen, die von israelischen Armee-Einheiten niedergeschlagen wurden. Eine Reihe drusischer Siedlungen auf dem Golan wurde blockiert. Doch trotz der massiven Unterdrückung zeigen die Drusen nach wie vor Einheit und Geschlossenheit. Mitte April bekundeten Drusen israelischer Staatsangehörigkeit Unterstützung für den Kampf ihrer Brüder im besetzten Teil Syriens. Die Presse bezeichnete das als eine „für Israel alarmierende Tatsache“.

Sie lasten unserer Regierung aggressives Verhalten an, weil sie danach strebt, durch gesteigerte Verteidigungsbemühungen die Interessen der USA in der Welt zu sichern. Aber verteidigt denn Ihre Regierung die sowjetischen Interessen nicht auf dieselbe Weise! Anders ist es von beiden Supermächten wohl kaum zu erwarten.

Robert FOWLER
Boston, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Ein Landsmann von Ihnen, Mr. Fowler, versuchte mir gegenüber, dieses Argument sogar theoretisch zu untermauern: Die Geschichte der Zivilisation sei ein ununterbrochener Kampf um Einflußsphären. Seit dem Altertum habe sich die Welt da nicht geändert, Stärke entscheide nach wie vor.

Schon damals dachte ich, daß sich in ein solches Stereotyp des politischen Denkens nahtlos die These einfügt, nur auf diese Weise könne Amerika seine Lebensinteressen in allen Teilen der Welt sichern und sich der „sowjetischen Herausforderung“ stellen. Durch Erdichtungen über das aggressive Verhalten der Russen gestützt, hat sich ein solcher Standpunkt offenbar im Bewußtsein vieler Amerikaner verankert.

Aber jeder unvoreingenommene Mensch weiß, daß die Außenpolitik der UdSSR und die der USA nicht gleichgesetzt werden kann. Erstens mußte die UdSSR stets gegenüber den USA in bezug auf die Rüstung gleichziehen. Schon deshalb können die sowjetischen Verteidigungsmaßnahmen nicht mit der Hochrüstung auf dem Gebiet der Offensivwaffen, die Ihr Land der ganzen Welt aufzwingt, verglichen werden. Zweitens vertreten wir seit jeher die Auffassung, daß nicht Militärs, sondern Diplomaten alle internationalen Streitigkeiten bereinigen müssen. Drittens beweisen wir unsere Friedensliebe durch Taten. In den letzten drei Jahrzehnten unterbreitete Moskau zahlreiche Vorschläge, die Vereinbarungen über verschiedenste internationale Probleme bezweckten. Sicherlich wissen Sie, Mr. Fowler, daß die meisten dieser Vorschläge von der USA-Regierung oder, unter ihrem Druck, von den NATO-Partnern abgelehnt wurden. Dabei schmälerierte kein einziger der sowjetischen Vorschläge die Sicherheitsinteressen oder die Souveränität eines

anderen Volkes oder eines anderen Staates.

Es ist seit alters bekannt: Wenn der potentielle Gegner nicht über den Frieden verhandeln will und jeden Vorwand benutzt, um den militaristischen Taumel zu steigern, bereitet er sich auf einen Überfall vor. Folglich haben die Amerikaner das aggressive Verhalten, das wir — und nicht nur wir! — den USA zu Recht vorwerfen, ihrer eigenen Regierung zu „danken“. Nur sie trägt die Schuld an der gegenwärtigen Zuspitzung der Weltlage, der gefährlichsten seit dem zweiten Weltkrieg. Zugleich ist die andere „Supermacht“ (wie Sie — zu Unrecht — die UdSSR nennen) jederzeit zu Verhandlungen bereit.

Moskau betont schon seit langem, daß das nukleare Wettrüsten enorm gefährlich ist und daß es in einem dritten Weltkrieg keine Sieger geben kann. Die Bannung dieser Gefahr liegt im Lebensinteresse des Sowjetvolkes und aller Völker der Erde, die in der Entspannung und Abrüstung eine Garantie ihrer eigenen Sicherheit sehen.

Ich möchte Sie, Mr. Fowler, darauf aufmerksam machen, was selbst jene westlichen Politiker, die verstehen, daß in einem globalen Konflikt die Kernwaffen alles Lebende auslöschen würden, nicht sehen (oder vorgeben, nicht zu sehen). Der konsequente Kurs der Sowjetregierung auf gegenseitiges Aufgeben der militärischen Konfrontation entspringt dem Hauptziel des Sowjetstaates, denn Entspannung und Abrüstung würden es ihm ermöglichen, alle Kräfte und Mittel der Lösung der strategischen Hauptaufgabe — der stetigen Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung — zuzuführen.

An der Erreichung dieses Zieles wurde unser Volk durch die ihm aufgezungenen Kriege gehindert. Unsere immensen Verluste in diesen Kriegen lassen sich in keiner Weise mit den Verlusten der USA im Vietnamkrieg, in den die Amerikaner von den Verfechtern der Politik der Stärke gestürzt wurden, vergleichen. Schon deshalb ist ihr aufdringliches Gerede vom aggressiven Verhalten der Russen eine notorische Lüge, die zudem das „Vietnam-Syndrom“ vergessen machen soll. Nach Ihrem Brief zu urteilen, Mr. Fowler, haben diese Leute mit ihren Anstrengungen doch etwas erreicht.

Daß das Sowjetvolk aggressiv sei,

ist auch deshalb eine Lüge, weil die sowjetische Außenpolitik grundsätzlich den Kampf um Einflußsphären ablehnt. Nie hat die UdSSR eine Herrschaft über andere Völker angestrebt, das wäre ein Verrat an unseren Idealen. „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein“, sagte schon Friedrich Engels. Die gesamte 60jährige Geschichte der UdSSR demonstriert überzeugend die Unerschütterlichkeit dieses innen- und außenpolitischen Prinzips. Wir haben keine Klassen und sozialen Gruppen, die sich an der Ausbeutung des eigenen Volkes und der Völker anderer Länder bereichern.

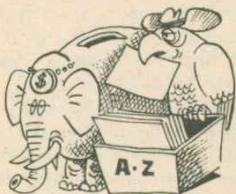
Die „Lebensinteressen“ der USA dagegen sind von der Profitgier der Rüstungsindustriellen, der Erdöl-, Elektronik- und sonstigen Industriemagnaten diktiert, und gerade deshalb verhält sich Ihre Regierung aggressiv. Deren Kurs auf militärische Stärke macht die Sicherheit des Landes nicht fester, sondern labiler, senkt die Beschäftigtenzahl und rückt die Lösung akuter sozialer Probleme in die Ferne. Die USA könnten, statt enorme Mittel für die Hochrüstung zu vergeuden, aus diesen Mitteln neue Arbeitsplätze schaffen, sie für den Umweltschutz, die Verbesserung der Städtebudgets und die Bekämpfung von Elend und Kriminalität verwenden.

Nein, Mr. Fowler, die heutige Konfrontation der USA und der UdSSR ist nicht auf eine althergebrachte Rivalität um Einflußsphären zurückzuführen. Es handelt sich vor allem um den Kampf zweier diametral einander entgegengesetzter Auffassungen von einer gerechten sozialen und internationalen Ordnung. Die UdSSR geht davon aus, daß der historische Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus im friedlichen Wettbewerb und nicht auf dem Kriegsschauplatz ausgetragen werden muß. Wenn die herrschenden USA-Kreise auf militärische Übermacht setzen, zeugt das meines Erachtens vor allem davon, daß sie ihrer Zukunft nicht gewiß sind. Dieses aggressive Verhalten zeigt allen Völkern, um welcher „Lebensinteressen“ willen eine Handvoll Monopolisten die Geschichte der Zivilisation aufs Spiel setzt.

Deshalb sind wir der Meinung, daß die Kampffront zwischen beiden Systemen heute nicht nur an den geographischen Grenzen verläuft. Auf der einen Seite der politischen Barrikade stehen alle jene, die gegen die Gefahr eines globalen Konfliktes, gegen die wirtschaftliche, soziale und nationale Unterdrückung zu kämpfen bereit sind. Auf der anderen Seite sind jene, die glauben, Geld und moderne Waffen gäben ihnen das Recht, andere zu beherrschen.

PS

Wie man Botschafter wird



In ihm „haben wir einen Hollywood-Schauspieler, der nicht einmal gut war“. So wurde John Gavin, ein Freund Ronald Reagans, von Malcolm Toon, einem bekannten Diplomaten und ehemaligen Botschafter der USA in der UdSSR, charakterisiert. Nicht weniger kritisch äußerte er sich in einem Artikel der Zeitschrift „Foreign Service Journal“ auch über andere derartige Ernennungen. Der Präsident zieht Industrielle vor, die große Summen für den Fonds der Republikanischen Partei gestiftet haben. Den Botschafter in Paris, Gulbraith, betrachtet Toon als „geschickten Bankier“. Der Botschafter in London erhielt seinen Posten, weil seine Vorfahren eine Zigarettenfabrikantendynastie begründet hatten.

Mit allen Mitteln

Einige englische Gemeinderäte sind zu allen Tricks bereit, um Touristen anzulocken. So versuchte Derek Dolding, Vorsitzender des Gemeinderates der Insel Thanet (vor der Themsemündung) Vertreter einer Reederei, die die Linie zwischen dem hiesigen Hafen und dem europäischen Festland befährt, von den großen Aussichten ihres Geschäfts zu überzeugen. Ein Schauspieler wurde als Scheich verkleidet

und in Begleitung eines Freundes, seines „Sekretärs“, in einem Chevrolet durch die hiesigen Kurorte gekarrt. Doch der Betrug wurde aufgedeckt, und der Bürgermeister mußte zurücktreten. In einem anderen Ort wurde ernsthaft der Gedanke erörtert, ein altes U-Boot als Touristenattraktion anzukaufen. Dieser Vorschlag aber wurde abgelehnt.

Präsident als Trinker

Der amerikanische Ex-Präsident Richard Nixon war seinerzeit so oft besoffen, daß Mitarbeiter des Weißen Hauses selbst in akuten internationalen Krisen lieber darauf verzichteten, ihn zu wecken. Sie wußten, als Antwort würden sie doch nur „etwas Unverständliches“ zu hören bekommen — so der Kommentator Seimoor Hersh in der US-Zeitschrift „Atlantic Monthly“. Er zitierte Ex-Mitarbeiter des Weißen Hauses: „Besonders viel trank Nixon nachts; bisweilen konnte man ihn in seiner Residenz in Camp David gar nicht erreichen. Er schaltete bei seinen Wochenenden in Florida stets völlig ab...“

Polizei am Steuer



In Arnheim (Holland) wurden in aller Eile Fortbildungskurse für die Fahrer von Polizeiwagen organisiert. Diese Maßnahme, schreibt die „Süddeutsche

Zeitung“ (BRD), wurde durch die große Zahl von Unfällen mit Streifenwagen notwendig. Allein 1981 gab es 158 derartige Vorkommnisse — und dabei waren oft Polizeifahrer die Schuldigen.

Falsch verbunden



Anfangs meinten die Mönche des Klosters Chiavall in Mailand, jemand erlaube sich einen üblen Scherz. Im Kloster wurde ständig angerufen: Unbekannte bestellten sich ein Mädchen für die Nacht. Wie sich später herausstellte, gehörte die Nummer des Klostertelefons früher einem „Massagesalon“, der seine guten Dienste in Anzeigen offerierte.

Dein Freund und Helfer

Ein Polizeibeamter aus Rheine (BRD) drang in die Wohnung eines Bankdirektors ein, fesselte dessen Frau und wartete dann auf den Hausherrn. Der kleine Sohn des Direktors konnte entkommen und holte einen Polizisten. Doch als dieser die Wohnung betrat, sprühte der Gangster ihm Tränengas in die Augen und ergriff die Flucht. Bald schon wurde er gefaßt. Es stellte sich heraus, daß er auf den Direktor hatte warten wollen, um ihn zu nötigen, bei einem Banküberfall zu helfen. Der Verbrecher verwies auf 100 000 DM Spielschulden und darauf, daß er diese „ehrlich zurückzahlen“ wolle.

Sieben Beatles?

Vor nicht alzu langer Zeit wurden auf Drängen von Anhängern der weltberühmten Popgruppe vier Straßen der britischen Stadt Liverpool nach den Beatles benannt. Nun wollen die Fans die Stadtverwaltung dazu bringen, daß

drei weitere Straßen, wo die Beatles einst ihre ersten Auftritte hatten, nach „Supporters“ benannt werden — und zwar nach dem Manager Brian Epstein und nach zwei Musikern, Pete Best und Stuart Sutcliffe, die eine Zeitlang der Band angehörten.

Rekorde, Rekorde...



Der Amerikaner Glynn Wolf wird in Guinness' Buch der Rekorde als derjenige geführt, der die meisten Ehen geschlossen hat: In seinen 73 Jahren war er 24 Mal verheiratet. Seine längste Ehe währte 5 Jahre, die kürzeste 38 Tage. Er hat über 40 Kinder; das älteste ist 56, das jüngste 2 Jahre alt. Jetzt will Wolf zum 25. Mal und, wie er erklärt, zum letzten Mal den Bund der Ehe eingehen. Die Braut hofft er sich nach seiner Teilnahme an einer TV-Show in Los Angeles auswählen zu können, wo er selbst über sein Leben erzählen wird. Wolf ist davon überzeugt, daß sich genug Anwärterinnen finden werden. Diesmal will er erstmals eine Partnerin über 20 ehelichen.

Der 45jährige spanische Chansonier Bernardino sang bei einem Auftritt in Gandia über 500 Lieder hintereinander. Er begann kurz nach Mitternacht und hörte in der zweiten Tageshälfte auf. Der Marathonsänger stand dabei unter ärztlicher Kontrolle. Zwischendurch trieb er Gymnastik.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ